



Nr. 19.

Breslau, Dienstag den 23. Januar

1844.

Verleger: Wilhelm Gottlieb Korn.

Redakteur: N. Hilscher.

Publikandum

die Kündigung der in der fünften Verloosung gezogenen Kurz- und Neumärkischen Schuldverschreibungen betreffend.

In Folge unserer Bekanntmachung vom 12ten d. M. sind die für das erste Semester k. J. zur Tilgung bestimmten 48,000 Rthlr. Kurmärkischen Schuldverschreibungen und 11,700 Rthlr. Neumärkischen Schuldverschreibungen, in der am heutigen Tage stattgefundenen fünften Verloosung zur Ziehung gekommen und werden nach ihren Littern, Nummern und Geldbeträgen in dem als Anlage hier beigefügten Verzeichnisse geordnet den Besitzern hierdurch mit der Aufforderung gekündigt, den Nominalwerth derselben und zwar der Kurmärkischen Schuldverschreibungen am 1. Mai k. J. und der Neumärkischen Schuldverschreibungen am 1. Juli k. J. in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr, bei der Kontrolle der Staatspapiere, hier in Berlin, Laubensstraße Nr. 30, baar abzuheben.

Da die weitere Verzinsung dieser Schuldverschreibungen, und zwar der Kurmärkischen vom 1. Mai k. J. und der Neumärkischen vom 1. Juli k. J. ab aufhört, indem die von diesen Terminen an laufenden ferneren Zinsen der Bestimmung des §. V. des Gesetzes vom 17. Januar 1820 (Gesetzesammlung Nr. 577) gemäß, dem Tilgungsfonds zufallen, so müssen mit den ersten zugleich die zu denselben gehörigen 7 Zins-Coupons Ser. II. Nr. 2 bis 8 welche die Zinsen vom 1. Mai k. J. bis 1. Nov. 1847 umfassen und mit den letzten die zu denselben gehörigen 6 Zins-Coupons Ser. II. Nr. 3 bis 8 welche die Zinsen vom 1. Juli k. J. bis 1. Juli 1847 umfassen, mittels einer in duplo anzufertigenden, deutlich ge- und unterschriebenen Nachweisung mit Angabe der Nummern, Buchstaben und Geldbeträge und einer Specification der Zins-Coupons an die genannte Kasse gegen Rückempfang einer Interims-Quittung zur weiteren Veranlassung baldmöglichst zu übergeben, oder portofrei zu übersenden.

Die über den Kapitalwerth der Kur- und Neumärkischen Schuldverschreibungen auszustellenden Quittungen müssen für jede dieser beiden Schuldengattungen auf einem besondern Blatte ausgestellt, und in denselben auch die Schuldverschreibungen einzeln mit Littern, Nummern und Geldbetrag verzeichnet, sowie die einzuliefernden Zins-Coupons mit ihrer Stückzahl angegeben werden.

Zugleich wiederholen wir unsere frühere Bemerkung, daß wir so wenig, als die Kontrolle der Staatspapiere, uns mit den außerhalb Berlin wohnenden Besitzern der vorbezeichneten gekündigten Kur- und Neumärkischen Schuldverschreibungen, wegen Realisierung derselben in Correspondenz einlassen können, denselben vielmehr überlassen bleiben muß, diese Dokumente an die ihnen zunächst gelegene Regierungs-Hauptkasse zur weiteren Förderung an die Kontrolle der Staatspapiere einzusenden. Berlin den 20. Dec. 1843.

Hauptverwaltung der Staatschulden.

Rother. von Berger. Natan. Koehler.
Knoblauch.

Mit Bezug auf vorstehendes, bereits durch die Staatszeitung, die beiden Berliner Zeitungen und das Berliner Intelligenz-Blatt zur öffentlichen Kenntnis gebrachte Publikandum der Königl. Haupt-Verwaltung der Staatschulden vom 20. December 1843 wird das darin erwähnte Verzeichniß der in der fünften Verloosung gezogenen Kurmärkischen Schuldverschreibungen über 48,000 Rthlr. und Neumärkischen Schuldverschreibungen über 11,700 Rthlr. nach ihren Nummern, Littern und Geldbeträgen dem gegenwärtigen Amtsblatt Stück IV. als Beilage beigefügt werden. Auch kann dieses Verzeichniß später sowohl bei der hiesigen Amtsblatts-Rendantur (Ursuliner-Straße No. 6) als in der Regierungs-Registratur bei dem Civil-Supernumerarius, Prehn eingesehen werden.

Bei der Einlösung dieser Schuld-Obligationen bleibt es wie bei der früheren Verloosung den außerhalb Berlin wohnenden Besitzern solcher Schuldverschreibungen überlassen, diese an die ihnen zunächst gelegene Regierungs-Hauptkasse abzugeben, von welcher sie dann an die Staatschulden-Tilgungskasse zur Realisation zu befördern sind, wogegen die Kontrolle der Staatspapiere auch diesmal nur die ihr von den in Berlin anwesenden Inhabern präsentirten Obligationen auszahlen wird.

Demzufolge werden die Besitzer der ausgelosten Kur- und Neumärkischen Obligationen im Breslauer Regierungs-Bezirk, welche die Besorgung der Realisation ihrer gekündigten und resp. vom 1. Mai und 1. Juli d. J. ab nicht weiter verzinsbaren Kurmärkischen und Neumärkischen Schuldverschreibungen durch die Königl. Regierungs-Hauptkasse wünschen, aufgefordert, dieselben mit den dazu gehörigen letzten Coupons und zwar zu den ersten die zu denselben gehörigen 7 Zins-Coupons Ser. II. Nr. 2 bis 8 welche die Zinsen vom 1. Mai c. 1. bis 1. November 1847 umfassen und mit den letzteren die zu denselben gehörigen 6 Zins-Coupons Ser. II. Nr. 3 bis 8 welche die Zinsen vom 1. Juli k. J. bis 1. Juli 1847 umfassen, mittels einer in duplo anzufertigenden, deutlich ge- und unterschriebenen Nachweisung mit Angabe der Nummern, Buchstaben und Geldbeträge und einer Specification der Zins-Coupons an die genannte Kasse gegen Rückempfang einer Interims-Quittung zur weiteren Veranlassung baldmöglichst zu übergeben, oder portofrei zu übersenden.

Die Königl. Regierungs-Hauptkasse ist zu deren Annahme bis spätestens den 15. April und resp. 15ten Juni c. ermächtigt und wird solche, so weit sich bei der diesseitigen Prüfung nichts zu erinnern findet, vorschriftsmäßig weiter befördern und nach erfolgter Anweisung des Nominalwerths für dessen Auszahlung zu seiner Zeit sorgen.

Zugleich werden alle Königl. Kassen aufmerksam gemacht, die etwa vorhandenen Bekände der Deposito, besonders in den Kreis-, Communal- und Institut-Kassen genau nachzusehen, ob bei denselben verlooste Kur- und Neumärkische Schuldverschreibungen vorkommen, und wenn dies der Fall sein sollte, die Realisation derselben vorschriftsmäßig durch Einsendung an unsere Regierungs-Hauptkasse nachzusuchen.

In der Regierungs-Hauptkasse wird ein Exemplar der Verloosungsliste ausgelegt werden und fordern wir die betreffenden Behörden auf, diese Maßregel auch bei den übrigen öffentlichen Kassen zur Ausführung zu bringen. Breslau den 20. Januar 1844.

Königl. Regierung.

Bekanntmachung.
Die Aufnahme-Prüfung der achtzehnjährigen Präparanden wird in diesem Jahre den 1ten und 2ten April — die Vorprüfung der sechzehnjährigen Schul-Abspiranten aber den 15ten und 16ten April gehalten werden. Alles Nähere in den drei Amtsblättern!

Breslau den 22. Januar 1844.
Königl. kathol. Schullehrer-Seminar.

Übersicht der Nachrichten.
Zollinnahme des Zollvereins. — Die Aufnahme mehrerer Entscheidungen des Ober-Einsurgerichts an geeigneter Stelle. — Remonstrationen Russlands bei der hohen Pforte. — O'Connell. — Correspondenz, betreffend den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und den Vereinigten Staaten.

Herrn Redakteur Hilscher. Zum zweiten Male innerhalb vier Tagen haben Sie, mein geehrter Herr, in der Schlesischen Zeitung eine Sonne über mehrere von der Breslauer Btg. publizierte Aussäße aufzugehen lassen. In Nr. 16 gab diese Sonne einige Explicationen über die verschiedenen Systeme der National-Dekonomie, wie man sie in jenen Handbüchern, welche im gewöhnlichen Leben Examens-Esels-Brücken genannt zu werden pflegen, findet; in Nr. 18 übernimmt sie die Rolle eines Leib- und Schildknappens des Hrn. Bergius, mit dem ich mich wegen eines Artikels, die Landwirthe und die Fabrikanten freundlich verständigen zu müssen meinte, da er in demselben direkt und indirekt frühere, von mir verfaßte Artikel angegriffen hatte. Der Leibknappe weiß nicht, oder will es, um mich zu ängstigen, nicht vereathen, ob es sein Herr und Meister der Mühe werth halten wird, sich selbst zu vertheidigen — was mir, im Vertrauen gesagt, recht sehr gleichgültig ist —, er weiß jedoch, der lose Schein! in Bezug auf mich kleine Mysterien, durch deren Enthüllung er mich reuig zu einem pater

peccavi und zu dem Entschluß, das bereits eingenommene Feld freiwillig zu räumen, zu bringen hofft. Die Sonne spricht von meinem Dilettantismus in diesem Zweige des Wissens, sie verweist mich in das Feuilleton, „wo ich mich mit Leichtigkeit bewege.“ Ich gestehe, daß ich die Lust verspürte, Gleichtes mit Gleichen zu vergleichen und die anmaßliche Eitelkeit und droßlige Selbstgefälligkeit dieser Sonne durch die Erinnerung an gewisse Gegenstände zu dämpfen, bei deren Erörterung sie sich selbst noch nicht die falsche Bedingung gestellt hatte, daß die Autorisation und Legitimation eines Publizisten von einer höheren Approbation abhänge, daß ein Publizist nur in demjenigen Zweige zu wirken sich unterfangen dürfe, in welchem ihm von Staatswegen ein Zeugniß der Reise ausgestellt worden ist. Wer die Sonne ist mit zuvorgekommen, sie hat sich meiner Diskretion anvertraut und mir deutlich die Hand freundlich mit dem Wunsche gereicht, daß durch diese Polemik unser gutes Vernehmen nicht gestört werden möge. Ich lege Ihnen, mein geehrter Herr Redakteur, die Seiten vor, welche jene, gewiß gerechtfertigte, Lust erhalten mußten, obgleich ich, wie Sie wissen, niemals eine öffentliche Polemik gesucht habe und niemals einer aus dem Wege gegangen bin, seitdem Sie mit zuerst vor mehreren Jahren in unserer Stadt das Terrain der Zeitungen für meine publizistische Wirksamkeit eröffnet haben. Ich gehe demnach säußerlich mit der Sonne um, ich frage nicht nach den Beweisen Ihrer eignen Berechtigung, ich frage nicht, ob sie gerade nur bei Fragen der Handelspolitik die öffentliche Erörterung gewissen Leuten reservirt halten will, welche ein Privilegium erworben zu haben glauben, weil ihre Studien eine äußerliche Sanktion empfangen haben. Dem Himmel sei Dank, heut zu Tage gilt das, wasemand in der Presse leistet. Wir acceptiren gern die Männer vom Fach, aber sie müssen es nicht jenem jugendlichen Renommisten gleich thun wollen, die ein ausschließliches Recht auf das Trottoir zu beanspruchen und mit burschikosem Trohe jeden Andern bei Seite stossen. Die Sonne hält eine politische Zeitung nicht für den geeigneten Ort zur Abhandlung der großen Fragen des Industrie- und Merkantilsystems (??). Sie, mein Herr Redakteur, haben dies antiquirte Sonnensystem selbst bereits mit den wenigen Seiten Ihrer Note nach Recht und Verdienst über den Haufen geworfen. Vergönnen Sie mir nur noch folgende Bemerkungen. Hätte die Sonne meinen Artikel ordentlich gelesen, so würde sie die ausdrückliche Angabe des Grundes gefunden haben, weshalb ich in diesem Artikel das Schlachtfeld einem Aufsatz des Dr. List einräumte und nicht selbst weiter occupirte. Was die Sonne von meiner in fremde Galle getauchten Feder spricht, verstehe ich nicht; es mag ununtersucht bleiben, ob sie sich in einem absichtlichen oder unabsichtlichen Irthum befunden oder ob sie lediglich auf einen bessern Effekt hin ein persides Wort gebraucht hat. Wenn die Sonne endlich dem Liberalismus zu bedenken giebt, daß es sich nicht ziemt, eine Hand noch freisinnigen Institutionen und die andere nach Privilegien auszustrecken, so beruht ihre Erinnerung auf nichts mehr und weniger als einer etwas kindlichen Ansicht. Schon in meinem Artikel gegen Herrn Bergius führt ich an, daß das System des sogenannten freien Handels auf den Titel gleich stolz sein dürfe, wie die Freibeuter auf den ihren. Genehmigen Sie, mein Herr Redakteur, die Versicherungen meiner ausgezeichneten Hochachtung. Breslau den 22. Januar 1844.

Leopold Schweizer.

Herrn Referendarij Schweizer. Da Sie selbst, geehrter Herr, mich daran erinnern, daß ich Ihnen zuerst in unserer Stadt das Terrain der Zeitungen für Ihre publizistische Wirksamkeit eröffnet habe, so darf ich wohl an diese Erwähnung unbefangen den Wunsch knüpfen, jene Wirksamkeit möge immer nur, wie es in der Schlesischen Zeitung der Fall war, der guten Sache gewidmet sein, und nicht, wie die Blätter, auch manchmal die Farbe wechseln. Besonders würde ich Sie vor der Eitelkeit warnen, wenn ich Sie nicht frei davon glaubte. So konnte z. B.

Ihr Herr Gegner mit gutem Gewissen sagen, daß Sie sich im Geuilletton mit Leichtigkeit bewegen, weil das wäre ist. Wenn aber Sie diese Neuherung wiederholen, so ist dies Eigenlob, und in welchem Geruche Eigenlob steht, wissen wir alle. Matthias Claudius, der offenerherige alte Wandsbecker Vate, schreibt irgendwo:

„Gieb dem So und so (das Wort, dessen er sich bedient, ist mir entfallen) Gifft, das heißtt, lob ihn.“

Quod bene notandum, und — nichts für ungut.

Hilf e r.

Inland.

Berlin, vom 20. Januar. — Ihre Majestät die Königin haben in der Nacht einige Stunden ruhig geschlafen und sind heute frei vom Fieber, so daß der Zustand nichts zu wünschen übrig läßt.

Berlin, den 20. Januar 1844.

(gez.) Dr. Schöntlein. Dr. von Stosch.

Der bisherige Ober-Landesgerichts-Assessor Söndesop ist zum Justiz-Kommissarius für die Kreise Dramburg und Schivelbein, mit Anweisung des Wohnsitzes in Dramburg, und zugleich zum Notar in dem Departement des Ober-Landesgerichts zu Kölln bestellt; und der bisherige Ober-Landesgerichts-Assessor Dr. Siegmund zum Advokaten bei den Gerichten auf der Insel Rügen, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Bergen, und zugleich zum Notar in dem Departement des Ober-Appellationsgerichts zu Greifswald bestellt worden.

Der Fürst Felix Lichnowsky ist von Krzianowicz; der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, von Meding, von Heiligengrabe und der General-Major und Kommandant von Graudenz, von Barfus, von Königsberg in Pr. hier angekommen.

Der General-Major und Commandeur der 4ten Division, von Holleben, ist nach Stargard abgereist.

Eine Verfügung des Justiz-Ministerialblattes vom 4. Januar trifft verschiedene nähere Bestimmungen in Bezug auf die Gebühren der Justiz-Kommissarien in Konkursachen. Eine allgemeine Verfügung vom 10. Januar weist sämtliche Gerichts-Behörden an, die auf den Grund einer irrgen Auslegung der Ministerialverfügung v. 28. Oct. von einigen Obergerichten erlassenen Verfügungen zur Freilassung von Landstreichern, Bettlern und Arbeitslosen, die ihre Strafe bereits angetreten hatten, zurückzunehmen und deren Ausführung, so weit sie noch nicht bewirkt ist, auszusehen, weil in der angeführten Ministerial-Verfügung nur davon die Rede war, wie künftig zu erkennen sei, während der Erlass einer einmal rechtskräftig erkannten Strafe immer nur im Wege landesherrlicher Begnadigung erfolgen kann und folglich die einzelnen Fälle dem Justiz-Minister hätten angezeigt werden sollen, um die landesherrliche Begnadigung einzuholen. Eine allgemeine Verfügung vom 15. Januar fordert, mit Bezugnahme auf die Bitte der zum sechsten Provinzial-Landtage versammelt gewesenen Posener Stände, um nähere Bestimmung darüber, „wie die Fristen, von denen im Konkurse das Vorrecht der §§ 367. bis 376. b. Tit. 50. Th. I. der Ulg. Gerichts-Ordnung bezeichneten Forderungen abhängig ist, nach eingetretinem Tode des Gemeinschuldners zu berechnen, wenn kein Konkurs, sondern nur ein erbstaatlicher Liquidations-Prozeß eröffnet worden; oder auch, wenn der erbstaatliche Liquidations-Prozeß später in einen Konkurs übergeht,“ das königliche Kammergericht und sämtliche Königl. Ober-Landesgerichte zur gutachtllichen Neuherung darüber auf: I. ob ein Bedürfnis zu der beantragten näheren Bestimmung anzuerkennen; II. im Besuchungsfalle, wie die angedeutete Lücke in der Gesetzesgebung auszufüllen. Eine Verfügung vom 8. Januar setzt die Gerichtsbehörden von der durch den Landtags-Abschied vom 10. December v. J. auf den Antrag der Provinzialstände von Schlesien getroffenen Altehöchsten Bestimmung, daß die Kosten in Untersuchungsfällen gegen die unvermögenden Frauen und die noch im väterlichen Hause befindlichen Kinder derjenigen Soldaten, welche den in einigen Städten noch bestehenden Invaliden-Compagnieen angehören, künftig auf die Staats-Kassen übernommen werden sollen, zur Nachachtung für die Zukunft in Kenntnis.

(A. Pr. 3.) Nach der kürzlich vom Central-Bureau des Zollvereins zusammengestellten Nachweisung der Zoll-Einnahmen für die drei ersten Quartale des verflossenen Jahres, belaufen sich diese Einnahmen auf 17,892,776 Rthlr., in den ersten drei Quartalen des Jahres 1842 waren aufgekommen 16,048,532 Rthlr., also in 1843 mehr 1,844,244 Rthlr. Die Mehr-Einnahmen vertheilen sich ziemlich in dem bisherigen Verhältnisse auf die sämtlichen Vereinsstaaten; nur für Württemberg ist eine unerhebliche Verminderung gegen das Vorjahr eingetreten, doch auch hier nur wegen des zufälligen Umstandes, daß die bedeutendste der dortigen Kolonial-Zucker-Raffinerie ihre Fabrikation beschränkt hat. Den Artikeln nach röhrt ein großer Theil der Mehr-Einnahme von dem Eingange von Eisenbahnschienen für den Bau der süddeutschen Eisenbahnen her, dann von der vermehrten Einfuhr von Rohzucker, Kaffee und besonders Tabak. Auch die Einfuhr von Baumwollengarn ist in etwas gestiegen, wogegen die Einfuhr von Baumwollen-Fabrikaten im Abnehmen zu

ein scheint. Wir hoffen, unsern Lesern nach erfolgter Zusammenstellung der Zoll-Einnahmen des verflossenen Jahres auch hierüber Nachricht mittheilen und damit eine Vergleichung der Einnahme aus den früheren Jahren mit der Gründung des Zollvereins verbinden zu können, welche das erfreuliche Ergebniß darlegt, daß diese Einnahmen von Jahr zu Jahr und weit über das Verhältniß der nach und nach eingetretenen Erweiterung des Zollvereins und der steigenden Bevölkerung sich erhöht haben.

Das heute ausgegebene Militair-Wochenblatt meldet folgende Personal-Veränderungen in der Armee: von Scharnhorst, General-Major und Inspecteur der ersten zum Inspecteur der vierten Artillerie-Inspektion ernannt. von Jenichen, General-Major, als Inspecteur der 2ten Artillerie-Inspektion bestätigt. von Frankenberg, Oberst und Brigadier der 8ten Artillerie-Brigade, unter Aggregation bei dieser Brigade, zum interimistischen Inspecteur der 1sten Artillerie-Inspektion, von Knobloch, Oberst-Lieutenant von der Garde-Artillerie-Brigade, zum interimistischen Brigadier der 8ten Artillerie-Brigade ernannt. von Röbe, Hauptmann a. D., zuletzt im 36sten Infanterie-Regiment, der Charakter als Major und die Erlaubniß zur Tragung der Regiments-Uniform mit den vorsch. Abz. f. B. ertheilt.

(Magdeb. 3.) Es stellt sich leider immer deutlicher heraus, daß die Gewerbefreiheit, statt den Mittellosen Gelegenheit zu geben, selbstständig zu werden, von der Speculation aufs Beste ausgenutzt wird. So kommt es nur zu oft vor, daß Leute sich Patente zur Betreibung von mehreren Geschäften lösen, von denen sie gar nichts verstehen; sie arbeiten nicht und ziehen doch den Hauptgewinn. Wahrscheinlich wird jetzt eine Art von Examens eingeführt, ob derjenige, welcher Meister werden will, auch was von der Sache versteht. In vielen Fällen wird man auch ein Meisterstück anfertigen lassen. — Mit Nächstem wird ein Portrait des Prinzen von Preußen auf Subscription erscheinen mit Erlaubniß des hohen Protectors, rings mit Mauer-Emblemen verziert und mit der Unterschrift: „Meinen Brüdern.“ Das Bild ist groß, schön, ähnlich und billig. — Man erzählt, daß noch vor Beendigung des Prozesses Edgar Bauer's Buch: „Staat und Kirche“ in einer Papiermühle eingestampft ist. Das wäre eine Bestrafung vor dem Urtheile.

In einem Aufsatz des Edinburgh review macht der Verf. u. a. bei dieser Gelegenheit in Bezug auf die Eisenbahnen hinsichtlich der Nachtheile der Erhöhung des Zolls auf verarbeitetes Eisen, einige Bemerkungen, die nicht zu übersehen sein dürften. „Vor Allem“, sagt er, „würde dadurch ein großes Hindernis für die Ausdehnung der Eisenbahnen entstehen, von denen die weitere Entwicklung der Hülfssquellen Deutschlands so wesentlich abhängt. Es sind gegenwärtig in den deutschen Bundesstaaten 20 Eisenbahnlinien in Thätigkeit, deren Länge, zusammengenommen, 1100 engl. Meilen ausmacht. Was indeß bis jetzt vollenutzt worden, ist nicht der 10. Theil dessen, was, nach dem natürlichen Laufe der Dinge, in dieser Hinsicht geschehen wird und muß. Kaum hätte man daher eine schlechtere Zeit wählen können, um, zuerst den Preis des Roheisens, zum Besten der Besitzer der Eisengruben, u. dann (denn ein falscher Schritt zieht gewöhnlich den andern nach sich) den Preis des verarbeiteten Eisens zu erhöhen, um die Besitzer der Eisenhämmer zu entzähligten. Es ist bekannt, daß die deutschen Eisengruben, die namentlich in Rheinpreußen, Westphalen und Schlesien liegen, sich in einer bedrängten Lage befinden, was theils in dem Mangel an Straßen und an Kohlen hauptsächlich aber an der schlechten, sie betreffenden Gesetzgebung liegt, so wie an dem Monopol und an den schweren und ungleichen Steuern, wodurch die Kosten des zu Tage geförderten Metalls so sehr erhöht werden. Schon länger hätte man eine gänzliche Revision des Bergwerks-System vornehmen und die Regalien und andere Lasten gleichstellen und bedeutend herabsetzen sollen. Statt dessen aber beabsichtigt der Zoll-Verein einen Unterscheidungs-Zoll (discriminating duty) für das fremde Eisen, und glaubt dadurch den Beschwerden der Grubeneigentümer abzuheben und zu gleicher Zeit die Grubeneigentümer zu bestiedigen, welche, als Besitzer von Waldungen, eine Erhöhung der Holzpreise, als Folge der steigenden Thätigkeit in den Gruben-Bereichen, erwarten. Es würde in der That der preußischen Regierung (denn Preußen ist bei dieser Angelegenheit besonders beteiligt) wenig zum Ruhm gereichen, wenn sie, bei ihrer ausgesprochenen Hinneisung zu einer freisinnigen Handelspolitik, dem selbstsicheren Begehr einer Classe von Interessenten, wie diese es sind, nachgeben wollte. Die vorgeschlagene Maßregel ist ein abermaliges, sehr ungünstiges Zeichen der Beschränkungs-Ansichten des Zollvereins, und muß natürlich den Handelsstand hier zu Lande etwas beunruhigen. Wir können indes zu unserer Beruhigung annehmen, daß noch eine lange Zeit vergehen werde, ehe die Einfuhr des englischen Eisens nach Deutschland bedeutend wird sinken können. Es werden noch manche Jahre vergehen, ehe die einheimische Erzeugung zu einem solchen Grade

wird gesteigert werden, um das ganze Bedürfnis von Deutschland zu befriedigen, ein Bedürfnis, d. s. in einem Grade steigt, mit welchem die einheimische Concurrenz unmöglich Schritt halten kann. Die Masse des in die Zollvereins-Staaten eingeführten Rohzucks ist seit 1834, wo sie 207,203 Etr. betrug, im J. 1842 auf 1 Mill. 195,925 Etr. gestiegen, und die Masse des Stabeisens in derselben Zeit von 149,493 auf 930,686 Etr. Wir sehen also hieraus, daß die Einfuhr beider Sorten von Eisen innerhalb 8 Jahren sich um das Sechsfaache, oder um 600 p. Et., vermehrt, während die einheimische Produktion nicht 28 p. Et. überstiegen hat.“ — Was für und gegen die Frage zu sagen ist, hat man in den deutschen Blättern wiederholentlich zur Debatte gebracht, und wir enthalten uns daher aller Betrachtungen darüber; nur ist im Einzelnen wohl soviel gewiß, daß, wenn die Eisenbahnen, wie augenscheinlich, mit jedem Tage eine größere Ausdehnung gewinnen, die einheimische Erzeugung schwerlich im Stande sein wird, selbst in längerer Zeit, das nötige Material allein zu beschaffen. (Span. 3.)

Magdeburg, vom 20. Januar. (Magdeb. 3.) Nach amtlicher Mittheilung ist die in der Düsseldorfer und Magdeburger Zeitung aufgenommene Nachricht, daß in dem zu Halle nach dem pensylvanischen System erst jüngst errichteten Mustergefängnis Verbrecher in Wahnsinn verfallen, völlig ungegründet, indem, wie hierdurch amtlich versichert wird, die Anstalt nach dem pensylvanischen Systeme nicht eingerichtet, auch kein einziger Verbrecher bis jetzt in der Anstalt in Wahnsinn verfallen ist.

(Düss. 3.) Der Stadt Magdeburg soll vom Fiskus ein bedeutendes Terrain zu ihrer Vergrößerung käuflich überlassen worden sein. Die hiesige Festung, welche bisher der Erweiterung Magdeburgs im Wege stand, will man jetzt nach den neuern Systemen mit Thürmen und Bastionen, wie Posen und Köln, umgestalten, was allerdings eine Handelsstadt weniger beeinträchtigt.

△ Schreiben aus Berlin, vom 19. Januar. — Ist es wohl an der Zeit, ein ruhiges Wort über die vornehme Art und Weise zu sagen, mit welcher man hin und wieder diesen bedenkt, welche sich die Mühe geben, die preußische Nation durch die Presse von den Interessen zu unterrichten, die ihr — der Nation nämlich — nächstes Wohl und Weh berühren. Wir haben nun einmal kein öffentliches, politisches Leben, sondern ein sekretiertes, und zwar ein sekretiertes durch das gewichtige Wort: Amtsverschwiegenheit. Nichts desto weniger wollen die Provinzen wissen, was in Berlin vorgeht; und dieser Fried ist nicht mehr zurückzudrücken. Indem wir — ich rede hier im Namen meiner ehrenwerthen Collegen — uns die gar nicht geringe Mühe geben, zugleich auf eine erschöpfende, zugleich auf eine würdige Weise dasselbe regelmäßig zu veröffentlichen, was den preußischen Vaterlandsfreund interessirt, leisten wir und die verehrlichen Redaktionen, die uns ihre Spalten gönnen, dem Staate einen Dienst, einen wesentlichen Dienst. Ohne unsere Wirksamkeit würde die Nation über ihre nächsten Interessen (und unser erhabener König hat sich oft darüber ausgesprochen, daß er Staatsbürger will, die für das Vaterland begeistert sind) wenig Positives erfahren und sich mit den abenteuerlichsten Gerüchten umhertragen, die doch nur Verwirrung anstiften müßten. Ob wir nun, namentlich in unserer Provinzialpresse, unsere schwierige Aufgabe würdig lösen, darüber kann wohl unter Verständigen nur eine Stimme sein. Obschon wir doch eigentlich im Dunkeln tappen, so ist es eine Thatsache, daß die gesammte preußische Provinzialpresse in Jahressfrist kaum fünf Mittheilungen gebracht, die sich nicht ganz bestätigt haben; alles Uebrige hat sich bewährheit; und Schreiber dieses, der gewiß nach seinen Kräften Mannigfaches und Mannigfaltiges anregt und erzählt, ist noch niemals in die Lage gekommen, daß man ihm irgendwie zu widersprechen sich befugt findet. Wir, o wir Publicisten, oder um mit gewissen Leuten zu reden: wir Zeitungsschreiber geben, verstehst sich in der Gesamtheit, ein sorgames, treues Bild des hundertfachen Detail, das sich hier abspindet, so weit wir es zu erfahren vermögen und so weit dessen Veröffent-

lichkeit mit der Vaterlandsliebe, die uns erfüllt, ver einbar ist. Da wir doch also ganz nach den Intentionen unseres erhabenen Monarchen wirken, der ein erfreuliches Interesse für das Staatsleben will, so begreifen wir gar nicht, warum man hin und wieder uns Zeitungsschreibern zürnt und uns missliebig behandelt. Man sollte uns ermuntern, unsere Dienste anzuerkennen, und in huldvoller Stimmung dafür Sorge tragen, daß wir einst Pension vom Staate beziehen, dem wir ja nach Kräften gedient. — Wie es heißt, wird die Monatschrift des Herrn Dr. Wöninger „der Staat“, die namentlich für das mercantilische, in unseren Tagen so lebhafte angeregte Interesse manches Gediegene enthält, zum April eingehen. Es will sich im Ganzen für Monats- und Wochenschriften bei uns kein rechtes Terrain finden lassen. — Erst Mittwoch Abend deklarirten die Ärzte Ihrer Majestät, unserer allgemein verehrten Königin, das die hohe Frau be troffene Unwohlsein als Masern; und bereits am andern Morgen enthielten die Zeitungen das beruhigende Bülletin. Diese dem Publikum von höchster Stelle aus geschenkte Berücksichtigung hat einen ungemein guten Eindruck gemacht, und erweiset doch, daß man gerade allerhöchsten Ortes den natürlichen Trieb des Volkes, darüber rasche Kunde zu erhalten, was dasselbe interessirt, nicht nur nicht missbilligt, sondern ihm Genüge leistet. Uebrigens geht die erhabene Landes mutter erfreulicher Genesung entgegen, und bis auf einige Absper rungen von denjenigen, welche die Masern noch nicht gehabt, ist kein Derangement bei Hofe vorgekommen. Die Herzogin von Dessau, ein Liebling des Königs und der Königin, wollte uns, in Folge jenes Falles früher, als es bestimmt war, verlassen, wird nun aber noch volle 5 Wochen in Berlin verbleiben. Auch der Gesundheitszustand unserer geistvollen Prinzen Albrecht, der neulich das Diario di Roma wohl verdiente Anerkennung zollte, ist befriedigend. — Bekanntlich ist Graf von Bülow, ein Schwiegersohn unsers Bülow-Summerow, in Kopenhagen mit den weitläufigen und endlosen Unterhandlungen beschäftigt, die den Sundzoll betreffen. Aus den in solchen Dingen wohlunterrichteten Hansestädten erfährt man, daß die dänische Regierung nicht geneigt sei, Veränderungen einzutreten zu lassen, wie sie unsere mercantilische Welt wünscht. — Das Journal des Débats enthielt neulich aus kundiger Feder eine detaillierte Correspondenz aus Berlin über den Schwanenorden. Darin heißt es ausdrücklich, es seien zum Eintritt berechtigt les hommes et les femmes sans distinction de la confession chrétienne. Der französische Publicist hat also dieselbe Ansicht, wie sie die Redaction dieser Zeitung jüngst ausprach. Aus derselben Correspondenz erfahren wir auch, daß der König eine Commission von fünf Mitgliedern ernannt, welche die Statuten des Ordens zu redigieren haben. — Seit heute haben wir vollständiges Aprilwetter bei milder Luft; es regnet in Strömen.

Erfurt, vom 17. Jan. (A. Pr. 3.) Die königliche Urkunde vom 24. Dec. v. J., die Erneuerung des vom Kurfürsten Friedrich II im Jahre 1443 gestifteten Schwanen-Ordens betreffend, ist auch hiesigen Orts das allgemeine Lagesgespräch; eine kleine Broschüre: „Der Schwanenorden.“ Wort eines Preußen an seine Zeitgenossen, die soeben bei dem Buchhändler von Berlepsch erschienen ist, hat wesentlich dazu beigetragen, der Meinung einen festen Halt zu geben. Der Verfasser (ungekannt) scheint, wenn auch nicht gerade den Nagel auf den Kopf, doch so ziemlich das Ziel getroffen zu haben; wenigstens hält er sich an den klaren Inhalt der königlichen Urkunde, verirrt sich nicht in seitabliegende Hypothesen und legt der von ihm als groß und hochbedeutsam anerkannten Idee keine Partei- oder sonstige Lieblings-Ansichten unter. In seiner Einleitung giebt er die Urkunde, geht dann zu einer Skizze des alten Schwanen-Ordens über, zeichnet kurz die Zeit von 1443, die Zustände des Landes, die Lage und die Absichten des Kurfürsten Friedrichs II. gedenkt der Ordens-Insignien und der Statuten und kommt dann, mittelst einer Schilderung des Unterschiedes der Zeit von 1443 gegen die von 1843 im Vaterlande, auf die Erneuerung der Ordens-Gesellschaft durch unsern König. Diese findet er begründet auf die Idee, durch Vereinigung aller Religiösen, Sittlichen und Rechtlichen um den Thron, dem Überhandnehmen der Armut und der mit dieser verbundenen Laster zu steuern. Seine Classification der Armen als „naturliche Arme“ (durch Alter, Krankheit, Unglücksfälle etc.) und Proletarier (Arme aus Mangel an Arbeit) und Pauperisten (eigentlicher Pöbel, ohne Religion und Sitte, arbeitschwer, vom Verbrechen lebend, Feind aller ehrlichen und nützlichen Täthigkeit etc.) ist zwar nicht neu, verdient aber der sich von selbst darbietenden Folgerungen wegen alle Beachtung. Eine treue und freie Gesinnung leuchtet überall durch, und manche Wahrheit ist kräftig gesagt, so wie die Anerkennung des Königs-Willens jedem Preußen wohlthun muß.

D e u t s c h l a n d.

* Frankfurt a. M., vom 17. Januar. — Die Einzeichnungen zur Beihilfung bei unserer Eisenbahn-Anleihe, deren Betrag vorläufig auf Eine Million Gulden bestimmt war, haben in den Stunden von 3 bis 5 Uhr des gestrigen Nachmittags stattgefunden und ein erstaunenswürdiges Resultat geliefert, indem sich dasselbe auf die runde Summe von Sechszen Witten beläuft. — Eine neue in England kürzlich gemachte Erfindung bedrohet die deutschen Ledervereinen mit großer Beeinträchtigung, sofern sich solche als probehalbtig erweisen sollte. Eine dortige Fabrik nämlich fertigt einen Stoff, der die Oberleder ersetzen soll. Die von einem Reisenden der Fabrik hier in diesen Tagen vorgezeigten Muster kommen äußerlich dem schönsten Glanzleder gleich und empfehlen sich dabei durch Wohlfeilheit, indem die Elle des neuen Stoffs für einen preußischen Thaler feil geboten wird. Derselbe, obwohl sehr leicht, soll überdies noch dauerhafter als Leder und dabei vollkommen wasserdicht sein, so daß er zur Fußbekleidung für jede Jahreszeit verwandt werden kann.

Wiesbaden, vom 12. Januar. (A. 3.) In einem aus dem Nürnberger Correspondenten auch in andere Blätter übergegangenen Correspondenzartikel aus Wiesbaden wird mit einem gewissen Eclat gemeldet, der herzogliche Ministerialrat v. Gagern sei kurz vor seiner Abreise nach St. Petersburg zur katholischen Kirche übergetreten. Die Nachricht ist falsch. Hr. v. Gagern, dessen Mutter eine Katholikin ist, hat schon lange das religiöse Bekenntniß seiner Mutter das seltnige genannt, und Niemandem der ein Recht oder ein Interesse hatte es zu wissen, ist dies ein Geheimniß gewesen.

In der Mannheimer Abendzeitung theilt v. Isslein Folgendes mit: Die Familie des Professors Jordan in Marburg und er selbst danken innigst den Gebern der 126 Fl., welche ich am 2. Januar d. J., Abendzeitung Nr. 3, an sie abgehen ließ. Ueber die weiteren Beiträge, welche mir seit diesem Tage zu demselben Zwecke zugekommen sind, bin ich sowohl den edlen Menschenfreunden, welche die Gaben sendeten, als auch mir selbst öffentliche Rechnung abzulegen schuldig. Es kamen mir unter anderen 580 Fl. 58 Kr., darunter von einer Anzahl Bürgern der Stadt Köln, um einen kleinen Beweis ihrer Theilnahme zu liefern 406 Fl. 10 Kr. Es erklären die Kölner Bürger dabei, „daß sie diese schwache Befähigung ihrer Theilnahme, für welche sie auch ferner thätig zu sein gedenken, nur als die theilweise Erfüllung einer Pflicht, einer heiligen Pflicht ansehen.“ — Möge ihm sein Bewußtsein Kraft verleihen, den Schmerz über Verhältnisse zu überwinden, die ihm, wie den Seinigen einen großen Theil ihres Lebens verglast haben, und möge die Theilnahme der Deutschen in steigendem Maße ihm zugewendet werden. Ich habe von den eingegangenen Geldern 580 Fl. an die Frau Professor Jordan angewiesen, und werde, wie bisher, die mir zukommenden Beiträge mit Freude an den Ort ihrer Bestimmung absenden.

O e s t e r r e i c h.

+ Schreiben aus Wien vom 19. Januar. — Der in gegenwärtiger Saison erste große Hofball fand gestern statt, und wetteiferte mit all seinen Vorgängern in Bezug auf Pracht und Glanz. H. M. der Kaiser und die Kaiserin, so wie sämmtliche anwesende Erzherzöge und Erzherzoginnen, in deren Mitte auch der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, und die Prinzessin von Schweden erschienen, verherrlichten das großartige Fest durch ihre Gegenwart. Se. Majestät der Kaiser liß sich nach dem üblichen Herkommen sämmtliche am hiesigen Hofe beglaubigte Botschafter und Gesandten durch den Staatskanzler Fürsten von Metternich vorstellen, und wechselte mit jedem derselben einige Worte. Fremde von besonderer Auszeichnung, welche sonst bei solcher Gelegenheit ebenfalls vorgestellt zu werden pflegen, scheinen außer dem genannten Großherzog von Mecklenburg und dem Fürsten Milosch, welcher nicht mehr als fremd betrachtet werden kann, nicht anwesend gewesen zu sein. Wie es heißt, wird dieses Fest noch zweimal wiederholt werden, und außers

bem findet fast allwochentlich ein großer Kammerball statt. — Im diplomatischen Corps ist es bis jetzt in Bezug auf die Karnevals-Freuden ziemlich stille zugegangen; nur der königl. preußische Gesandte, General von Canitz, hat denselben bis nun sein gastliches Hotel eröffnet; indessen heißt es, daß der englische und französische Botschafter seinem Beispiel bald folgen werden. — Der Großherzog von Mecklenburg ist hier der Gegenstand großer Aufmerksamkeit; von allen Seiten belebt man sich, dies an den Tag zu legen. Die meisten fremden Gesandten, so wie ein Theil des hiesigen hohen Adels haben Sr. königl. Hoheit zu Ehren schon Geten veranstaltet oder bereiten solche vor. Die Besichtigung der hiesigen Merkwürdigkeiten, welchen der Großherzog viele Theilnahme schenkt, nimmt nebstbei einen großen Theil seiner Zeit in Anspruch. Von hier aus wird der erlauchte Gast seine Reise über München nach Rom fortsetzen. — Berichten aus Görz zufolge ist ein daselbst privatissender Graf Altems von mehreren Dolchstichen durchbohrt in seinem Bett ermordet gefunden worden.

R u s s i s c h e s R e i c h.

Kalisch, vom 12. Januar. (Rh. u. M. 3.) Die Bestürzung der jüngeren polnischen Beamten über die geringen Aussichten wegen ihres Aufrückens ist unbeschreiblich. Der ältere Uta wird jetzt mit Strenge angewendet, wonach die höheren Stellen nur nach 5jährigem Dienste in den altrussischen Provinzen zu erlangen sind. Wenn die Beamten nun auch zu Bewerbungen um Dienst in den alten Provinzen sich entschließen, und hier weggehen wollen, so wird das häufig abgeschlagen! Auch ist die Möglichkeit, von dort wieder hierher versetzt zu werden, noch viel größer. Eine traurige Lage! Um so mehr, als die immer zahlreicher eintreffenden Russen in den hohen Stellen, die jungen Polen schon während der ersten Stadien ihrer Laufbahn nicht begünstigen. — Die Ehen zwischen unseren Fräuleins und den russischen Beamten oder Offizieren nehmen sehr zu; die jungen Mädchen wollen endlich versorgt sein, wozu der jüngere polnische Beamte jetzt nicht so leicht Aussicht bietet. Die Kinder werden, wie Sie wissen, alle griechisch-katholisch, die Zahl der Kirchen des letzten Bekenntnisses wächst mit jedem Jahre. — Unsere Grenz- und Zoll-Bedienstungen werden nicht mehr so gesucht wie früher, das trockne Brot der kleinen Gehälter läßt sich jetzt nicht ohne große Gefahr — schmieren. — Die Macht des Gouvernements schreitet sichtbar in jedem Jahre mit der archimedischen Schraube vor. Vae victis! Vae nostras discordiae!

Von der russischen Westgrenze, vom 7. Januar. (Rh. u. M. 3.) Was bei dem langwierigen Kampfe gegen die rebellischen Bergvölker, alles Andere bei Seite gesetzt, wodurch dessen Entscheidung verzögert wird, mit Recht großes Bestreben erregt, dies sind die Vorräthe von Waffen und Kriegsbedürfnissen, womit diese Völker reichlich versehen zu sein scheinen, obschon es eine bekannte Thatache ist, daß sie selbst deren Fabrikation nur höchst unvollkommen betreiben. So mit verdient wohl einigen Glauben das hier verbreitete Gerücht, es seien russischen Seite Demonstrationen bei der hohen Pforte gemacht worden, womit es im Wesentlichen darauf abgesehen wäre, sie auf die wahrscheinlich nicht uninteressante Fahrlässigkeit ihrer bei den Mierengen angestellten Beamten aufmerksam zu machen, welche die Durchfahrt auch solchen Schiffen gestatteten, die Waffen und Kriegsbedürfnisse geladen haben, ohne genügenden Ausweis über den Ort ihrer Bestimmung, was besagter Vertrag ausdrücklich verbietet. Jene gerüchteweise Annahme zu untersuchen, nimmt man Bezug auf Truppenzusammensetzungen, die in den südlichen Gouvernements stattgefunden haben. Ohne diese Thatache selbst in Abrede stellen zu wollen, braucht man darin noch keine Demonstration gegen die Türkei zu gewahren.

F r a n k r e i c h.

Paris, vom 15. Jan. — Es verbreiten sich Gerüchte ernster Art über gewisse Zwischenfälle, welche die Debatten über die Adresse hervorgerufen haben sollen. Man sagt, Herr Guizot wolle mit einer Masse aufgespannter Briefe auftreten und die Aussöhnung des Hrn. Berryer und mehrer seiner legitimistischen Kollegen aus der Kammer beantragen. Zu dem Ende wolle er aus jenen Briefen nachweisen, daß dieselben seit 13 Jahren gegen die bestehende Regierung konspirirten und daß sie demnach geradezu gegen den der Kammer geleisteten Eid gehandelt haben. Das Ministerium, heißt es ferner, erwarte von einer solchen Erklärung den besten Erfolg. — Der Herzog Fitz-James hat einen charakteristischen Brief an Hrn. Guizot veröffentlicht. Derselbe bestätigt die Ausserungen, die er in Belgrave-Square gemacht haben soll, und welche die legitimistischen Blätter bestritten hatten. Seiner Eigenthümlichkeit wegen möge dieser Brief hier eine Stelle finden: Sie haben mich auf einer Tribune, die ich zu meiner

Bertheidigung nicht bestreiten kann, bezeichnet und angegriffen. Es bleibt mir kein anderer Weg, Ihnen zu antworten, als die Presse. Doch muß ich, da ich diesem Briefe alle mögliche Offenheit geben will, aus Rücksicht für die royalistischen Blätter, die Ihrer Beschlagnahme ausgesetzt sind, an den Septembergesetz Anstand nehmen und mich hier jener Klarheit und Freimüthigkeit enthalten, die meinem Charakter ziemt. Ich könnte Sie unter dem Gewicht Ihrer Vergangenheit erdrücken! Doch wozu? Tragen Sie nicht den Abdruck dieser Worte unseres großen Redners „Eynismus der Apostassen“ auf der Stirne? In Ihrer Antwort an die Herren v. Richelieu und Vérac haben Sie Sophismen auf Sophismen gehäuft. Sie haben in Betracht gewisser Worte, die ich äußerte, von Vergessen gesprochen; Sie haben sogar gesagt, die Royalisten vergäßen die Bürgerpflichten. Meine Antwort ist sehr einfach. Wenn ich die Gesetze meines Landes verletzt habe, warum haben Sie mich nicht vor ein Gericht gestellt? Noch ist es Zeit; wagen Sie es, ich bin bereit. Lassen Sie mich vor 12 französischen Geschworenen erscheinen. Vor diesen werde ich mich erklären. Vor diesen, vielleicht Angesichts einer Verurtheilung, wird meine Stimme nicht zittern, und ich werde Angesichts meines Landes die Worte wiederholen, die ich in Belgrave-Square gesprochen. Ihre unklugen Drohungen können mich nicht erschrecken. Ich habe gethan, was mir die Ehre bot. Sie werden mich nicht zurückschrecken; Sie werden mich nicht veranlassen, zu begrüßen, was ich nicht begrüßen will, zu achten, was ich nicht achten darf. Wenn Sie die Geschichte meiner Familie kennen, würden Sie wissen, daß nur der Hennker unser Haupt beugen kann.

Heute sandt, wie bereits gemeldet, die Einweihung des Moliere-Denkmales statt. Die Behörde hatte außerordentliche Vorsichtsm-Sregeln getroffen. Die Studenten der Rechte und Medizin und die Böblinge der Spezial-Schulen hatten sich während der Feierlichkeit sehr zahlreich (etwa 3000) auf dem Odeons-Platz versammelt. Gegen hundert Polizei-Agenten und eine noch größere Anzahl Municipalgardisten widerseckten sich jedoch in ihrem Zuge nach dem Orte der Feierlichkeit. Man erklärte, daß sie bei der Einweihung nicht zugelassen werden könnten und suchte die Ankömmlinge zu streuen, was nicht ohne ernstliche Unordnungen gelang. Auf mehreren Punkten soll es später zwischen den Studenten und Stadt-Sergeanten zu Handeln gekommen und zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden sein.

Das Monument Molière's kostet 178,000 Fr.

Der französische General-Consul, Mr. Barrot, ist in Port-au-Prince angekommen, und daselbst von der Obrigkeit und der Bevölkerung aufs herzlichste empfangen worden.

Der Repräsentant des Sultans der Comores-Inseln in Paris hat mehrern Blättern die Abschrift eines Dokuments mitgetheilt, worin er gegen die Besitznahme von Mayotte Seitens der Franzosen protestirt. Daselbe ist unterzeichnet: „Seyd Hamza; Sohn Seyd Abd Allah's, Sultan der Comores-Inseln.“

(A. 3.) Die Königin Christine ist entschlossen nicht eher nach Madrid abzureisen als bis Herr Gonzalez Bravo aus dem Ministerium entfernt sei. — Sie hat in diesem Sinne ein sehr eindringliches Schreiben an die Königin Isabelle gerichtet, welches derselben durch Vermittelung des französischen Gesandten zugestellt worden ist. Das spanische Ministerium hat dem Grafen Bresson jenen Dienst sehr übel genommen, und man hält es hier in Paris für nicht unmöglich daß die dadurch hervorgerufene Verstimmung gegen das Cabinet der Tuilerien die eigentliche Ursache der fast übertriebenen Complimente sei, welche England und der britischen Regierung in der Antwort der Königin Isabelle auf die Antrittsrede des Herrn Bulwer gemacht worden, wie denn auch der englische Gesandte nicht versahle der „edlen spanischen Nation“ auf eine Weise Bebrauch zu streuen, die auffallend contrastirt mit der Art wie diese Nation in dergleichen offiziellen französischen Verden behandelt, d. h. übergangen wird.

Spanien.

Madrid, vom 9. Januar. — Man spricht von einer Reise in die Provinzen, welche die Königin Isabella nach der Rückkehr ihrer Mutter machen wollte. Die politischen Chefs haben schon den Wink erhalten, diese Gunst im Namen ihrer Provinzen zu reklamiren. — Es scheint gewiß, daß die Deputierten der Rechten und des Centrums eine Petition an die Königin-Mutter vorbereitet wollen, um sie um schleunige Rückkehr nach Madrid zu bitten. Eine gewisse Anzahl Senatoren hielt gestern zu demselben Zwecke eine Versammlung; andre, und selbst solche, welche der progressistischen Partei nicht angehören, sprechen sich mit Energie über das Unpassende und Gefährliche dieses Schrittes aus.

Großbritannien.

Dublin, vom 13. Januar. — Gestern stellte der Anwalt Moore vor der Queen's-Bench von Seiten des Hrn. D. O'Connell den Antrag, daß das zum Beweise der Staatsprozesse angefertigte, derzeitige Geschworenverzeichniß annulliert und der Recorder der Stadt

Dublin beauftragt werden solle, die Namen von 27 Personen, deren Ansprüche, als Spezial-Geschworne zu fungiren, vom Recorder anerkannt seien, auf die Liste zu setzen. Dem solcher Maßen berichtigten Geschworen-Verzeichniß solle sodann die Spezial-Jury entnommen und das Verhör zu diesem Beweise bis zum 1. Februar ausgesetzt werden. Richter Burton fragte, ob der Anwalt die böswillige Unterdrückung jener Namen einer bestimmten Person zuschreibe. Dieser entgegnete, daß er allerdings an Böswilligkeit glaube, aber nicht im Stande sei, eine bestimmte Person zu bezüglichen. Die 27 Personen, um die es sich handle, seien sämmtlich Katholiken. Der Gerichtshof habe das Recht, die fragliche Verichtigung zu befehlen, und es wäre entseztlich, wenn kein Mittel gefunden werden könnte, den betreffenden Fehler wieder gut zu machen. Die Folgen desselben lägen bereits auf der Hand. Sämmtliche, nämlich 11, Katholiken habe der Kron-Anwalt von der Geschworenen-Liste streichen können, was bei einer größeren Zahl nicht möglich gewesen wäre. Der Staats-Prokurator entgegnete: es sei kein Grund vorhanden, daß dem derzeitigen Geschworenen-Verzeichniß keine unparteiliche Jury entnommen werden könne. Der Kron-Anwalt bemerkte, daß er an der Revision des Geschworenen-Buches keinen Theil genommen und überhaupt den Vorgängen bezüglich desselben durchaus fremd sei. Die Angabe, daß sämmtliche übergangene Personen Katholiken seien, werde nur gemacht, um eine Aufrégung zu erzeugen. Herr Keazmis gebe an, daß der Anwalt des Hrn. O'Connell schon am Aten bei Bildung der Special-Jury erklärte, es seien 65 Personen, worunter 15 Katholiken, nicht auf die Liste gestellt worden. Wenn sich dieses so verhielte, warum machten die Repealer diesen Punkt nicht auch jetzt geltend? Auch sei damals die Nichtigkeit dieser Behauptung nicht anerkannt, sondern die Jury sofort gebildet worden. Die 11 Geschworenen, die der Kron-Anwalt refusirt habe, seien deshalb nicht angenommen worden, weil sie sämmtlich der Repeal-Association angehört. Er beantragte, daß das Verhör nicht aufgeschoben werden solle, da das bisherige Verfahren völlig gesetzmäßig sei. Nur falls die Krone die Weglassung jener Namen veranlaßt hätte, könne dies ein Grund zu weiterem Verzuge sein, allein die Kron-Anwälte wiesen nach, daß dem nicht so sei. Das Gericht wies den Antrag des Hrn. Moore zurück, da ihm die Annulierung der Geschworenen-Liste nicht zu stehen. Doch ward nicht geneugt, daß von Seiten der betreffenden Beamten Unredlichkeit oder große Nachlässigkeit stützgefunden habe. — An dem folgenden Tage stellte der Staats-Prokurator an der Queen's Bench den Antrag, daß, falls das Verhör am 31sten Januar nicht zu Ende sei, die Zwischenzeit vom Ende dieser bis zu Anfang der nächsten Session noch zu der gegenwärtigen Session gerechnet und zum Verhör verwendet werden solle. Die Gegenpartei machte keine Einwendung und der Antrag wurde bewilligt. Das Verhör wird Montag beginnen.

In der Dubliner Musikhalle fand am 13ten ein „großes Meeting der irischen Katholiken“ statt, um (wie bereits berichtet) eine Petition, im Betreff der Bildung der Spezial-Jury und der Entfernung aller katholischen Geschworenen, an die Königin abzufassen. Es möchten etwa 3000 Personen anwesend sein. Mr. McCarthy erklärte, daß die Aufforderung, welche Bechuß dieses Meetings erlassen worden, mit einer wahrhaft unerhörten Anzahl von Unterschriften bedeckt worden sei. Leute, die früher an der Bewegung des Landes keinen Theil genommen, hätten das den Katholiken zugesetzte Unrecht eingesehen und erkannt, daß es zu himmelschreiend sei, als daß es ohne Gegenwirkung hingehen könne. Folgende Resolutionen wurden angenommen: 1) die irischen Katholiken stehen keinem Theil der Unterthonen Ihrer Majestät an Loyalität gegen den Thron und strenger Einhaltung der Verbindlichkeit des Eides nach; 2) nachdem die Kronbeamten die Namen aller Katholiken von dem Spezial-Geschworenen-Verzeichniß gestrichen haben, ist dies Meeting der Ansicht, daß ein solches Verfahren dem Karakter der Katholiken nachtheilig und es daher ihre Pflicht ist, dagegen zu protestieren; 3) die Weglassung von 33 Mann von der Geschworenen-Liste begründet mehr als bloßen Verdacht, daß Unredlichkeit im Spiele gewesen sei und machen eine vollständige parlamentarische Untersuchung nothwendig; 4) eine desfallsige Petition soll der Königin überreicht und 5) die beiden Häuser sollten gebeten werden, die Sache unmittelbar zu untersuchen. Gegen Ende des Meetings nahm Hrn. O'Connell das Wort. Einige, sagten er, behaupteten: dies sei kein Platz für ihn. Andere: wenn er nicht komme, so komme es gerade heraus, als wolle man Hamlet ohne den dänischen Prinzen selbst aufführen. Er fühlte als Katholik, daß er hier an seinem Platze sei. Er klage die englische Regierung des grössten Unrechts gegen die irischen Katholiken an. Die Emancipations-Akte sei verlebt worden. Nicht als einer der Angeklagten spreche er hier — denn was liege daran, seien sie doch alle Angeklagte, — sondern als Katholik, um seine Glaubensgenossen zur Vertheidigung ihrer Rechte aufzufordern. Uebrigens solle sich das Volk fort und fort ruhig ver-

halten, ohne jedoch zu vergessen, daß vielleicht Unrechtigkeit und Märtyrhra, nie aber der Rücktritt sein Loos sein werde.

Über die Schritte, welche die Angeklagten thun werden, gehen verschiedene Gerüchte. Man sagt, die Angeklagten wollen gegen die Bildung einer Spezial-Jury im Allgemeinen protestiren, und ihre Taktik ändern und sich schuldig bekennen. Nach einer andern Version desselben wollten sie zwar auf ihrer Behauptung, sie seien „unschuldig“ beharren, aber, wenn alle einleitenden Schritte gethan sind, und der Prozeß im Gange ist, sich förmlich weigern, sich auf irgend eine Weise zu vertheidigen und so den moralischen Einfluß eines unter solchen Umständen erzielten Verdicts auf die öffentliche Meinung schwächen.

Am 10ten Abend präsidierte Hr. O'Connell bei dem Diner einer wohlthätigen Gesellschaft. Er brachte folgenden charakteristischen Toast: „Die Gesundheit der schlechtest-bedienten Gebietser auf der Welt. Sie selbst ist das liebenswürdigste und vor trefflichste aller menschlichen Wesen, aber ihre Diener sind von der schlechten Art, die in irgend einem Lande gefunden werden kann. Die Gesundheit der Königin.“

The Evening Mail schreibt: Mehrere Personen, deren Namen auf der Geschworenen-Liste stehen, haben geheimnisvolle, drohende Zuschriften erhalten.

Ein amerikanisches Blatt meldet den Tod des Generals Jackson, Ex-Präsidenten der Vereinigten Staaten.

Italien.

Rom, vom 8. Januar. (A. 3.) Briefe aus Neapel berichten daß die Verlobung des Grafen Trapani mit der Königin Isabelle von Spanien besonders eifrig von der Königin-Mutter betrieben werde, die im Verein mit dem französischen Botschafter, Herzog von Montebello, bei dem König eifrig darauf dringt, den Prinzen jetzt schon von hier zu entfernen und ihn nach Paris zu seiner Schwester der Königin Marie Christine zu senden. Bis jetzt hat der König von Neapel seine Einwilligung zu diesem Plan verweigert. — Man ist davon unterrichtet daß von Spanien aus Hr. v. Hoyos hier erscheinen werde; aber es ist dabei zu bemerken, daß er bloß für die kirchlichen Angelegenheiten an die Stelle des kürzlich hier verstorbenen Villalba ernannt, mithin keinen diplomatischen Charakter hat, indem bis jetzt kein Schritt von hier aus gethan ward, aus welchem eine Anerkennung der Regierung in Madrid hervorgehen könnte. Überhaupt ist, so lange die Geistlichkeit in Spanien gestellt bleibt wie bisher, von keiner Anerkennung die Rede. — Ein russischer Courier aus St. Petersburg ist hier eingetroffen.

Rom, vom 9. Januar. (A. 3.) Der Kronprinz von Württemberg ist heute Vormittag mit Gefolge von Florenz kommend im erwünschten Wohlsein hier eingetroffen, wo Se. königl. Hoheit die Zeit des Karnevals über zuzubringen gedacht. — Seit gestern hat sich das Gründ verbreitet, die Regierung werde die Masken für den diesjährigen Karneval nicht erlauben, während man doch mit Gewissheit erfährt, daß die Erlaubnis dies Volksfest zu halten, bereits vor einigen Tagen in die Provinzen abgegangen ist. — Der Staatsminister v. Lindenau ist diesen Morgen auf dem Weg über Siena nach Florenz abgereist. Die Herstellung seiner Gesundheit ist so wenig der Zweck dieser großen Tour, auf welcher er sogar Paris zu berühren beabsichtigt, daß er, mit Aufopferung jeder Bequemlichkeit, ohne Gefolge mit der Diligence reist. — Diesen Morgen stand zwei Verbrecher hingerichtet worden, welche die Straßen Roms durch nächtliche Anfälle unsicher gemacht und mehrere Personen ausgeraubt, einige auch mit Messerstichen verwundet hatten. Unter der Menge der Zuschauer befand sich einer ihrer Spießgesellen, der erst vorgestern Abend einen der ebenfalls Unwesenden gestellt hatte und von diesem augenblicklich erkannt wurde. Auf dessen Angabe ist er sofort festgenommen worden.

America.

New York Commercial Advertiser teilt die Correspondenz zwischen Hrn. Wheaton und Baron v. Bülow mit, betreffend die Grundlagen des zwischen dem Zollverein und den Verein-Staaten abzuschließenden Handelsvertrages. Sie ist folgende:

L. H. Wheaton an Baron v. Bülow. Berlin, den 9. October 1843. Verschiedene Umstände haben mich bisher an Beantwortung der unterm 25ten Sept. 1842 an mich gerichteten Note des königl. württemberg. Ministeriums des Neubären gehindert, worin ich ersucht wurde, der königl. preuß. Regierung dijzenigen Vorschläge mitzutheilen, welche die Regierung der Verein-Staaten von Amerika hinsichtlich der dem deutschen Zoll- und Handelsverein, in Erwiderung eines Zollerlasses auf amerikanische Tabake, anzubietenden Vorteile zu machen die Absicht habe. Ich bin jetzt im Stande, Ihnen bestimmte Eröffnungen über diesen Gegenstand machen zu können, durch Vorlegung der Basis eines demnächst zwischen den Verein-Staaten (Fortsetzung in der Beilage.)

Beilage zu N. 19 der privilegierten Schlesischen Zeitung

Dienstag, den 23. Januar 1844.

(Fortsetzung.)

von Amerika und den zum Zoll- und Handels-Verein gehörenden deutschen Staaten zu treffenden Uebereinkommens, vorbehältlich jedoch der Genehmigung meiner Regierung, die mich zu diesem Zweck, nach reiflicher Erwägung der beiderseitigen Anerbietungen, mit den erforderlichen Instruktionen versehen wird. Ich schlage demnach vor, bei dem Beginn der Verhandlungen über ein solches Uebereinkommen hauptsächlich von der Basis eines Austausches gleichgeltender Vortheile durch gegenseitige Herabsetzung ihrer resp. Zolltarife auszugehen, so zwar, daß dem Handel unter ihnen größte Ausdehnung gegeben würde, ohne doch den der nationalen Industrie eines jeden Landes zur Zeit verliehenen Schutz allzusehr zu beeinträchtigen. In der Voraussetzung, daß der gegenwärtige Eingangszoll auf Reis im Zollverein nicht erhöht wird und daß Baumwolle auch ferner zollfrei verbleibt, nimmt die amerikanische Regierung ihrerseits weiter nichts in Anspruch, als eine Ermäßigung der Vereinzölle auf den aus den Verein-Staaten eingeführten Taback. Dagegen würde die amerikanische Regierung solchen Falls geneigt sein, eine Herabsetzung der amerikanischen Zölle auf mehrere Artikel, das Produkt oder Fabrikat der zu dem Zoll- und Handelsverein gehörenden deutschen Staaten, zu gewähren, wie z. B. auf Leinen und andere Manufakturen von Flachs oder Hanf; auf Seiden- und Halbseidenwaren, bei denen Seide der vorherrschende Stoff; auf Zwirn- und Baumwollen-Spizen, Gold- und Silber-Tressen, Silber gemischt; Strumpfwaren, Spiegelglas, Spielwaren und dergleichen durch gemeinschaftliche Uebersinkunst bezeichnete Gegenstände mehr; — vorausgesetzt, daß der deutsche Zoll- und Handelsverein wirklich eine Seitens der amerikanischen Regierung annehmbar befundene Ermäßigung der Einfuhrzölle auf amerikanische Tabacke eintragen läßt.

(unter.) Henry Wheaton.

II. Baron v. Bülow an Hrn. Wheaton. Berlin, den 10. Octbr. 1843. Mit Vergnügen habe ich aus Ihrem, unter dem Iden d. an mich gerichteten Schreiben ersehen, daß die Regierung der Verein-Staaten von Amerika den Handel mit Preußen und den übrigen Staaten des deutschen Zollvereins zu beleben wünscht. Der Verein hat auf amerikanische Produkte keinerlei neue Zölle gelegt, im Gegenthell ist der Zoll auf Reis vor einigen Jahren beträchtlich herabgesetzt worden. An der andern Seite hingegen sind alle bisherigen Einfuhr-Artikel des Zollvereins im neuen Tarife der Verein-Staaten mit so schweren Zöllen belastet worden, daß die Versendung derselben nach Amerika dem deutschen Handel zum großen Theil ganz unmöglich gemacht ist. Wir glauben daher unsererseits mit Recht uns beschweren zu können, daß die Regierung der Verein-Staaten den status quo, wie er vor dem neuen Tarif bestand, geändert habe. Die Einfuhrzölle auf Taback, worüber sich die Verein-Staa-

ten beschweren, sind in anderen Staaten, wie in England, Frankreich und Österreich ungleich höher, als bei uns; — und eine Vergleichung der Jahre 1834 und 1842 beweist entschieden, daß der Verbrauch von fremdem Taback in den Zollvereinstaaten darunter nichts weniger als gelitten hat, — 1834 betrug das Einfuhr-Quantum 148,322 Centner, 1842 war es auf 248,749 Centner gestiegen. Seit wenigen Jahren bestehen allerdings höhere Einfuhrzölle auf Cigarren und Schnupftaback, dieser Aufschlag kann aber auf die Einfuhr von Blättertaback, für welche allein sich die Verein-Staaten interessiren, nur vortheilhaft einwirken. Jede Herabsetzung des Eingangszolles auf Taback wird ein großer Verlust für die Zollvereinstaaten sein, ohne dadurch den Staaten Amerikas irgend sichern Gewinn zu versprechen; denn es steht noch erst zu beweisen, ob der Verbrauch von amerikanischem Taback im Verhältniß zu dieser Zoll-Ermäßigung sich mehren würde. Für jetzt ist es nicht die Absicht des deutschen Zollvereins, die Einfuhren der Baumwolle zu besteuern oder die Ansätze auf die Einfuhr von Reis zu erhöhen; inzwischen würde derselbe nicht geneigt sein, sich den Verein-Staaten gegenüber dahin verbindlich zu machen, daß auch in Zukunft keine neuen Zölle auf diese Artikel gelegt werden sollten. Die Wiedereröffnung des Marktes der Verein-Staaten, als Folge einer Herabsetzung der Eingangszölle, würde indessen für die Erzeugnisse des Bodens und des Kunstleibes des deutschen Zollvereins unstreitig von der größten Wichtigkeit sein. Sollte daher die Regierung der Verein-Staaten uns erhebliche Vortheile für unsere Ausfuhrartikel, sowohl die in Ihrem Schreiben bezeichneten als ähnliche andere, anbieten wollen, so wird sich Preußen, und mit ihm alle Staaten des Vereins beeilen, die geeigneten Maßregeln in Erwägung zu ziehen, um die Einfuhr der nordamerikanischen Tabacke in den Zollverein noch mehr, als es bisher schon geschehen, zu begünstigen. Ich ersuche Sie ic (gez.) Bülow.

schüsse, die sie im Jahre 1843 hat einfordern müssen, ihre Auflösung erklärt hat, bildet sich ein neues Institut der Art ebenfalls in Leipzig, ein zweites in Erfurt und ein drittes in Breslau. Dieses beschränkt seinen Wirkungskreis auf Schlesien, die beiden ersten wollen ihm die größtmögliche Ausdehnung geben, weil nur in ihr Sicherheit zu finden ist. Wohl wahrscheinlich hat man auch berechnet, ob eine solche Ausdehnung möglich sei? Bayern, Baden, Württemberg, Kurhessen, Hannover und Braunschweig haben ihre eigenen Hagelversicherungs-Gesellschaften. Mecklenburg hat deren zwei. Preußen hat die einzige Aktien-Gesellschaft für Hagelversicherung, und zwei gegenseitige, und wird die oben erwähnten beiden bald haben. Außerdem besteht eine solche in Greifswald. Jede dieser Anstalten kann das Bedürfnis der größtmöglichen Ausdehnung für sich behaupten, und jede steht den andern im Wege, um es zu erlangen. Wird nun eine davon einer neuen Raum geben, oder wird sie nicht vielmehr ihr Publikum an sich zu halten suchen? Referent gesteht, den gemeinnützigen Tendenzen, welche den alten bestehenden Abbruch tun und nicht neue Sachen, sondern nur neue Personen vorführen, kein unbedingtes Vertrauen schenken zu können. Man vereinige die jetzt getrennten Societäten, das ist das einzige rechte Mittel, Ausdehnung und in ihr Sicherheit zu finden.

(D. A. 3.)

Der humoristische Punch teilt seinen Lesern folgende Nachrichten aus dem Auslande mit: Frankreich: König Ludwig Philipp hat dem Herzog von Bordeaux bereitwillig einen Plan von den Festungsarbeiten um Paris übersendet. Spanien: Die Königin hat zu beschließen geruht, daß zur Möglichkeit für ihre Unterthanen alljährlich ein Ministerwechsel stattfinden und daß es an Sonn- und Festtagen keine Regierung geben solle.

Die Gemeinde Reute im Canton Appenzell-Ausserrhoden hat beschlossen, einen berüchtigten Dieb Namens Michael Klee mit 100 St. nach Amerika zu spiedieren, weil es der Vorsteuerschaft nicht möglich sei, denselben gehörig zu überwachen.

In dem Spital zu Gex in Frankreich starb in der Nacht am 18. December ein Mann, der schon am nächsten Morgen in den Sarg gelegt und des Abends begraben werden sollte. Schon hätte man das Bahrtuch darüber geschlagen und wollte den Todten hinaustragen, da hörte man eine Bewegung, öffnete den Sargdeckel und drinnen lag der Todtgeglaubte mit offenen Augen. Die Frau weinte vor — (Dorfz.)

Brüssel. Ein wild gewordenes Pferd sprang kürzlich mit dem Kabriolet in einen Porzellan-Laden, dessen Fenster auf die Ecke reichen. Man kann sich die Verwüstung denken, welche die ganze Equipage unter den Waaren angerichtet hat; das Klirren der Scherben, das Geschrei, machten das Pferd noch wütender.

Schlesischer Nouvelles-Courier.

Tagesgeschichte.

† Breslau, vom 22. Januar. — Der schlesische Kunstverein hat bei dem berühmten Maler Carl Lessing, Professor in Düsseldorf, ein großes Bild, welches irgend einen Stoff der schlesischen Geschichte zum Gegenstande haben solle, zu bedeutendem Preise bestellt. Der Künstler hat den Auftrag angenommen, dabei seine Freude ausgedrückt, Gelegenheit zu erhalten, für sein Vaterland etwas zu liefern und wird eine Skizze des Bildes vorher einsenden; nur besorgt er, bei den vielen bereits auf ihm lastenden Aufträgen, bis zur nächsten Breslauer Kunstaustellung (1845) das Bild nicht fertig liefern zu können.

† Breslau, vom 19. Januar. — Gestern früh bald nach Eröffnung des Gewölbes trat ein junger gut gekleideter Mann in den Laden eines Goldarbeiters auf der Schweidnitzer Straße und ließ sich durch den allein anwesenden Lehrling nicht nur eine Menge Ringe, sondern auch andere kostbarekeiten zur Ansicht vorlegen. Er wählte mehrere Gegenstände davon für sich aus und bat, dieselben bei Seite legend, sie ihm in ein renommiertes Gasthaus auf der Orlauer Straße nachzubringen. Als sich hierauf der Besitzer des gedachten Ladens in demselben einfand und von seinem Lehrlinge Kunde über das eingeleitete Geschäft erhielt, sah er seine Prätiosen nach und vermißte nun einen kostbaren Siegelring, den der Fremde während des Aussuchens der ihm vorgeblich zum Kauf anständigen Gegenstände, von den ihm überhaupt zu dem Zwecke vorgelegten, glücklich bei Seite gebracht hat.

Vorgestern Abend nach 6 Uhr ist äußerem Vernehmen nach auf der Kunststraße nach Strehlen ein däsig Sattlermeister auf seinem Rückwege von hier von zwei Kerlen angehalten, und nachdem sie ihm den Mund verstopft, seines Mantels, einer Peitsche, einer

Partie Zucker und Kaffee, eines Paars Handschuhe und einer Quantität messingener Kummithaken beraubt worden. Gestern bot ein hiesiger Fabrikgehülfen solche Haken bei einem Gelbgießer zum Verkauf aus und der Zufall fügte es, daß dieser Gelbgießer gerade derjenige war, welcher dieselben für den obgedachten bestrahlten Sattlermeister gefertigt hatte, sie daher auf der Stelle wieder erkannte und den verdächtigen Veräußerer einem Polizei-Beamten überlieferte.

† Breslau, vom 22. Januar. — In den letzten Tagen voriger Woche fanden sich zwei junge, gut gekleidete Männer in dem Laden eines Kunstdrechlers auf der Orlauer Str. ein und ließen sich Schachbretter zur Ansicht vorzeigen. Während der Eine ein künstlich gearbeitetes Brett der Art angeblich im Auftrage eines Dritten behandelte und nach beendigtem Gescheh' sich vorläufig bis zur Abholung bei Seite stellten ließ, mithin dadurch die Aufmerksamkeit des Ladenbesitzers ausschließlich für sich in Anspruch nahm, setzte sich der Andere heimlich in den Besitz eines Stockes, im Werth von ein Paar Friedrichsd'oren. Beide entfernten sich heraus wieder und haben sich bis jetzt natürlich nicht wieder dort eingefunden, um das quäst. Schachbrett wirklich abzuholen.

Gestern Abend hatte sich auf der grünen Baumbrücke ein großer Zusammenlauf von Menschen gebildet. Als Veranlassung zu demselben ergab sich bei näherer Nachforschung, daß ein Tagearbeiter in höchst trunkenem Zustande rückwärts über die Umfassungsmauer der Brücke selbst in das Bett der Orlau hinzabgestürzt war, von wo er durch Beamte ausgenommen und in Sicherheit gebracht wurde.

Der Rh.- u. M.-Btg. schreibt man aus Breslau: Durch die Ernennung des Grafen Stollberg zum

Konsistorial-Präsidenten von Schlesien (mit dem Range eines Oberpräsidenten) sowie durch den früheren ähnlichen Vorgang zu Königsberg und andere, verwandte Anordnungen, scheint der Übergang zu einem eigenthümlichen Systeme der evangelischen Kirchenverwaltung im ganzen Lande gebahnt zu werden. Eine Unabhängigkeit dieser Kirche von der Aufsicht und Amtsbestätigung oder Verleihung Seitens der Regierungen stellt sich nämlich mit Wahrscheinlichkeit in Aussicht.

* Im Verlage der Buchdruckerei von W. Pfingsten in Liegnitz erscheint seit Anfang des neuen Kirchenjahres in monatlichen Heften von drei Octavbogen, eine religiöse Zeitschrift: "Der gläubige Christ. Monatschrift zur häuslichen Erbauung für evangelische Gemeinden", welche unter Mitwirkung von Geistlichen und Gemeindegliedern und unter Redaktion des Pastors und Superintendentur-Berwesers Albrecht Wachler zu Glaub herausgegeben wird, deren beabsichtigter Inhalt und Zweck aber durch folgende Rücksichten hinlänglich bezeichnet sein dürfte: Erweckliche Predigten von entschieden christlichem Inhalte, mit Beziehung auf die Zeit des Kirchenjahres; Missionsfeste predigten; erbauliche Betrachtungen über einzelne Schrifstellen oder Thelle des Katechismus; geistliche Lieder und Gedichte; Biographien verdienstvoller Glaubenslehrer; Erzählungen aus dem Gebiete der inneren und äußeren christlichen Erfahrung, besonders wunderbarer Begebenheiten, durch welche recht erschöpflich die allmächtige Hülfe Gottes den Menschen offenbar und erkennbar wird, wie oft die seltesten Schicksale und Lebensverhältnisse zur Erweckung der Herzen und zur Beklebung zum Herrn führen; kirchliche Nachrichten, welche auf das christliche Leben im Allgemeinen oder auf das der Schlesischen Gemeinden besondere Beziehung haben; Beschreibungen abgehaltener Missionssäfte und

üblichliche Mittheilungen über die Missionen in allen Erdtheilen, Ankündigungen der Missionsfeste u. s. f. — kurz alles, was für geeignet gehalten wird zur Belebung gläubiger Gemeinschaft mit Christo und wahrhafter Verbindung mit der Kirche. — Um außerdem die Theilnehmer an der in Rede stehenden Zeitschrift, von welcher jedes Heft mit 3 Sgr. 4 Pf. berechnet wird, nach und nach in den Besitz einer religiös ansprechenden Zimmerseite zu sezen, soll spätestens alle sechs Monate eine Abbildung, Scenen aus dem Leben Jesu darstellend, ferner Portraits verstorberer oder noch lebender ausgezeichnet und um das Reich Gottes verdienter Männer u. s. w. unentgeldlich beigegeben werden. Da es überhaupt bei Herausgabe der Monatschrift auf keinen Nebenvortheil abgesehen ist, so wird nach Abzug der Kosten der sich herausstellende Geldüberschuss zu drei gleichen Theilen an die Berliner, Herrnhuter und Goßnersche Missionsskasse in halbjährigen Raten abgegeben und hiervon öffentliche Anzeige gemacht werden. — Es bedarf wohl nur dieser Hinweisung, um Alle, welche die betreffende Angelegenheit begünstigen und fördern wollen, zur wirksamen Theilnahme zu vermögen, wie andererseits, um über die Tendenz und Farbe des Blattes Federmann außer Zweifel zu sezen.

Bericht über die Kämmerei-Verwaltung der Stadt Breslau für die Jahre 1841 u. 1842.

Der in diesem Jahre der Dessenlichkeit übergebene Bericht über die Kämmerei-Verwaltung in den Jahren 1841 u. 42 unterscheidet sich von den früheren vortheilhaft dadurch, daß er nicht bloße Rechnungsextracte enthält, die d. r. Conjecturalkritik ein weites Feld ließen, sondern daß ihm Erläuterungen über die einzelnen Zweige der Verwaltung, so wie wenigstens theilweise über die dabei befolgten Grundsätze beigegeben sind. Mag man auch noch Manches und besonders ein genaueres Eingehen auf das Einzelne ungern vermissen oder ein früheres Erschinen des Berichts für wünschenswerth halten — so ist doch immer die diesmalige Bearbeitung als ein dankenswerthes, den Forderungen der Zeit gemachtes Zugeständniß anzuerkennen. Dass die beiden Jahre 1841 u. 1842 in denselben verbunden sind, halten wir für gut, da das eine für das andere den Maßstab zur Vergleichung gewährt. Wir beschränken uns in diesem Aufsatz auf eine bloße Uebersicht und werden aus den beigegebenen Erläuterungen das hervorheben, was nicht allgemein bekannt sein dürfe.

Die ganze Finanz-Verwaltung theilt sich in die beiden Hauptzweige, I. der eigentlichen Kämmereiverwaltung und II. der von ihr abgesonderten Verwaltungen für einzelne Geschäftszweige. Die erstere umfasst 1) die Kämmereigüter und Forsten, 2) das städtische Grund-Eigenthum, 3) die Gewerbe-, Handels- und Kommunikations-Abbaben, 4) die geistlichen, höheren Unterrichts- und Medizinal- und 5) die Elementar-Unterrichts-Angelegenheiten, 6) den Marstall, 7) Serviswesen, 8) Aktiv- und Passiv-Wesen, 9) die allgemeinen Einnahmen, Besoldungen u. c., und 10) die directen Kommunalsteuern. Für diese Verwaltungen besteht die Kämmerei-Hauptklasse; für die von ihr abgesonderten ist seit dem Jahre 1841 die Institute-Haupt-Kasse errichtet, doch sind davon noch mehrere Verwaltungen und Institute ausgeschlossen, welche zur Zeit noch eigene Kassen-Verwaltung haben.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen geht der Bericht zu den einzelnen Verwaltungen des I. Hauptzweiges selbst über, 1) Für die Verwaltung der Käm-

mereigüter und Forsten besteht eine besondere, aus drei Mitgliedern des Magistrats und 12 Stadtverordneten und Bürgerdeputirten bestehende Deputation, unter dem Namen: „städtische Forst- und Dekonomie-Deputation.“ Die Güter sind mit Ausschluß der im Ganzen 6142 Morg. 147 □ Rthlr. beträgenden Forsten fast sämmtlich verpachtet. 2) Zur Verwaltung des städtischen Grundeigenthums gehören alle Grundstücke, welche, im Stadtverzeich belegen, Eigenthum der Kämmerei sind; sie sind in einer besonderen Tabelle einzeln aufgeführt; auch für sie ist in der letzten Zeit eine besondere Deputation aus 5 Magistrats-Mitgliedern und 9 Stadtverordneten und Bürgerdeputirten gebildet worden. 3) Die Verwaltung für die Gewerbe-, Handels- und Kommunikations-Abbaben umfaßt die Stand-, Stelle- und Lagergelder, die Brügefälle, die Einnahme für das Beschauen und Zeichnen der Röthe; diese ist seit langer Zeit mit jedem Jahre gesunken: 1816 belief sie sich noch auf 1931 Rthlr. 11 Sgr., 1841 betrug sie nur 114 Rthlr. 6 Sgr. 4 Pf., weshalb die gänzliche Aufhebung des seit fast 300 Jahren bestandenen Schauinstifts nach dem Antrage der städtischen Behörden durch eine Cabinetsordre vom 28. November 1842 genehmigt wurde. 4) Die Einnahmen der Verwaltung der höhern Unterrichts-, geistlichen und Medizinal-Angelegenheiten bestehen nur in Rückstättungen und Resteinnahmen solcher Institute, welche Zuschüsse von der Kämmerei erhalten. Was bei diesen Instituten am Jahresende an Forderungen der Kasse aussteht und später eingezogen wird, geht an die Kämmerei und zwar in die oben bemerkte Verwaltung, bei welcher die Zuschüsse verrechnet werden, zutrittweise über. Diese Übernahme der Restforderungen auf die Kämmerei geschieht deshalb, weil die Institute für die Bedürfnisse des laufenden Jahres die nötigen Zuschüsse unverkürzt etatirt erhalten, und die eingezogenen Rente mithin in ihren Kosten überschreiten müssen. Im Jahre 1842 waren die Zuschüsse um mehr als 4000 Rthlr. geringer, als im Jahre 1841, weil der Ertrag der Stolgedürgen, welcher nach der mit dem 1. Juli 1841 eingetretenen Fixierung der zu ihrem Bezugrechte berechtigte gewesenen Geistlichen- und Kirchenbeamten zur Kasse fließt, insbesondere bei den Kirchen zu St. Elisabeth und Bernhardin, und bei der letztern auch der Ertrag der Kirchstettengelder sich sehr gehoben hat, desgleichen der der Schulgelder bei den Gymnasien zu St. Elisabeth und Magdalena und der höhern Bürgerschule. 5) Bei der Verwaltung der Elementar-Unterrichts-Angelegenheiten mußte im Jahre 1841 über 7000 Rthlr. mehr zugeworfen werden als im Jahre 1842. Diese bedeutende Differenz beruht darin, daß die Kosten der Unterhaltung der hier bestehenden Freischulen, nach näherer Erwägung des Zweckes ihrer Auswendung, mit dem 1. Januar 1842 dem Etat für die Haupt-Armen-Kasse überwiesen worden. Von den bei den Elementarschulen I—IX angestellten Hülfslehrern bezogen sämmtliche bis ult. December 1842 ein jährliches Einkommen von 120 Rthlr.; vom 1sten Januar 1843 ab ist ihnen dasselbe auf 150 Rthlr. erhöht worden. 6) Die Verwaltung des Marstalls betreffend, steht eine Regulirung dahin bevor, daß die sämmtlichen Leistungen, hauptsächlich in Fuhren zu baulichen Zwecken, Bahns der Straßendereinigung u. s. w. bestehend, von jeder der betreffenden städtischen Verwaltungen in der Folge durch Berechnung vergütigt werden sollen, und es wird sich darnach auch ergeben, in welchem Verhältnisse diese Leistungen zu den Ausgaben stehen, welche der Marstall d. r. Commune zur Zeit verursacht. Der Zuschuß betrug im J. 1841 5335 Rthlr. 10 Sgr. 5 Pf., im J. 1842 5353 Rthlr. 25 Sgr. 6 Pf. 7) Der Verwaltung des Serviswesens steht eine besondere Deputation von 4 Mitgliedern des Magistrats und 11 Bürgerdeputirten vor. 8) Die Verwaltung des Aktiv- und Passivwesens umfaßt den gesammten Vermögens- und Schuldenzustand der Commune. Daraan reihen sich — wie der Bericht sagt — vielfache Erinnerungen aus einer Zeit harten Drucks, vielfache Erinnerungen an große Opfer, welche die Stadt der neuen Gesetzgebung und den veränderten Zeit-Verhältnissen bringen mußte. Die Zeit der Bedrückung umfaßt die Periode von 1807—1815. Aus den Jahren vorher hatte die Stadt eine Schuldensumme von 746,227 Rthlr. 14 Sgr. 2 Pf.; ihr Ursprung ist theilweise mehrere Jahrhunderte rückwärts zu suchen. Die unglücklichen Jahre 1807 ff. und die Forderungen von Freund und Feind vermehrten diese Schulden um 858,475 Rthlr., im J. 1808 allein um 356,150 Rthlr.; die unvorhergesehnen großen Ausgaben für Beseitigung der Wasserschäden in den Jahren 1828 und die Kosten der Einrichtung zur Abwehr der Cholera machten 128,000 Rthlr. neue Stadt-Obligationen nothwendig, so daß die frühere Schuldensumme im Ganzen auf 1,732,702 Rthlr. 14 Sgr. 2 Pf. gesteigert wurde. Davon wurden bis zum Schlusse des Jahres 1842 514,517 Rthlr. 18 Sgr. 2 Pf. gelösigt, so daß in diesem Zeitpunkte die gesamte Schuldenlast der Stadt Breslau sich auf 1,218,184 Rthlr. 26 Sgr. beläuft. Von jener Eingangssumme müssen aber die eingezogenen Aktivkapitalien, die Veräußerungs- und Ablösungsgelder im Betrag von 152,117 Rthlr. 7 Sgr. 9 Pf. abgezogen

werden; es verbleiben demnach 362,400 Rthlr. 10 Sgr. 5 Pf., welche seit dem J. 1807 als eigentliche Vermögensverbesserung betrachtet werden können; durchschnittlich macht dies auf 1 Jahr prpt. 10,354 Rthlr. Nicht vergessen darf man hierbei die Verluste, welche die Stadt seit den Jahren 1819 und 1820 erlitten hat, wie nicht minder die bedeutenden Ausgaben, welche ihr seit dieser Zeit, des bestandenen Friedens ungeachtet, durch gesteigerte Bedürfnisse für öffentl. Anstalten u. s. w. erwachsen sind. — Für die Tilgung der Schulden ist im J. 1838 ein besonderer Plan entworfen worden; es sind darin zur Amortisation der Schulden jährlich 6000 Rthlr. und außerdem die Zinsenersparnisse von den planmäßig amortisierten Schulden ausgeworfen. Mit dem Jahre 1893 werden darunter die sämmtlichen Schulden getilgt sein. Der Plan hat indes, zu Gunsten der Schuldentilgung, seit seinem Entwurf vereitelt erhebliche Abänderungen erlitten. 9) Die Verwaltung der allgemeinen Einnahmen, Besoldungen u. s. w. umfaßt alle Einnahmen und Ausgaben, welche unter keine der übrigen Verwaltungen d. r. Kämmerei gebracht werden können. Unter den Ausgaben heben wir hier hervor die Besoldungen der Communalbeamten im Betrage von 42,852 Rthlr. 7 Sgr. 6 Pf., die Pensionen an emeritierte Beamte 3591 Rthlr. 27 Sgr. 6 Pf. u. s. w. Die Kosten für die Straßenbeleuchtung betragen im J. 1842 10754 Rthlr. 5 Sgr. 11 Pf.; im Ganzen wurden in der Stadt und in den Vorstädten unterhalten 432 Reverb. und 77 Pfahlateren; die Unterhaltung einer Reverb-Laterne kommt einschließlich aller Kosten auf 26 Rthlr. 21 Sgr. 1 1/2 Pf. zu stehen; 4 Pfahl-Laternen wurden hierin eine Reverb-Laterne gleich geachtet. Auf Bauten aller Art wurden in demselben J. verwandt 80,116 Rthlr. 22 Sgr. 2 Pf., worunter sich feinlich die außerordentlichen Ausgaben für den Bau der Vorbermühle im Betrage von 51,479 Rthlr. 17 Sgr. 4 Pf. befinden. 10) Die Verwaltung der direkten Komunal-Steuern, welcher eine besondere aus 6 Magistrats-Mitgliedern und 34 Bürger-Deputirten gebildete Commission vorsteht, hat die Vertheilung und Einziehung aller derjenigen Abgaben zur Aufgabe, welche die Kämmerei zur Befriedigung ihrer anderweit nicht gedeckten Bedürfnisse zu erheben befugt ist. Diese Abgaben bestehen in einer Steuer von Grundeigenthum (Realsteuer), vom Person- u. Einkommen (Personalesteuer) und der hiermit zusammenhängenden Abgabe für die öffentliche Armenpflege. Was die Personalsteuer betrifft, so betrug diese im J. 1820 von Bürgern und Schatzverwandten 76,731 Rthlr. 27 Sgr. 8 Pf.; dazu trugen bei 11,481 Kontribuenten, mithin jeder prpt. 6 Rthlr. 20 Sgr. 6 Pf. Im J. 1833 betrug sie 80,880 Rthlr. 7 Sgr. 1 Pf., Kontribuenten waren 11,553, mithin kommt auf jeden durchschnittlich 7 Rthlr., also 9 Sgr. 6 Pf. mehr als 1820. Im J. 1842 wurde von 12,487 Kontribuenten 91,911 Rthlr. 11 Sgr. 6 Pf. aufgebracht, von jedem also 7 Rthlr. 10 Sgr. 10 Pf., 20 Sgr. 4 Pf. mehr als 1820. Von dem Einkommen bis 200 Rthlr. steuerten im Jahre 1820 6740 Kontribuenten, im J. 1833 7560 im Jahre 1842 8102; dagegen steuerten von einem Einkommen von 1100 Rthlr. und darüber im Jahre 1820 836 Kontribuenten, im Jahre 1833 588, und im Jahre 1842 nur 556. Während also die erste armere Klasse um fast 1400 Kontribuenten zugenommen hat, hat sich die zweite wohlhabendere um fast 300 vermindert, was allerdings für ein Seigen des allgemeinen Wohlstandes nicht spricht. (Fortf. folgt.)

Dreisylbige Charade.

Wie in neu'rer Zeit gemeldet der Berichte mancherlei, Litt' von einem bösen Gegner viel ein Herr von Zwei und Drei;
Wäre Iemand noch im Zweifel, wem von Beiden Eins gebührt:

Ihm, der lange sich als Ganzes laut und öffentlich geriet,

Oder Ihm, der manchen Angriff wider Billigkeit u. Zug, Manche Schmähung seines Gegners mit Gelassenheit ertrug —

Nun, der wisse, daß die Lehre jüngster Zeit den Zweifel hebt,

Denn nach eines Dichters Ausspruch hat die Eins nur — der noch lebt.

G. S.

Der Unbekannte, welcher durch die schlesische Zeitung zu Anfang dieses Jahres das Gerücht verbreitet hat, als sei am 3. Januar die Rettungsanstalt in Schreibhau von Seiten der competenten Polizeibehörde geschlossen worden, möge sich doch auch bewegen fühlen, recht bald zu erklären, ob dies wirklich der Fall gewesen, oder ob gegenwärtig diese Anstalt durch Einführung eines Leiters ihre schon vielfach erprobte Wirksamkeit fortsetzt?

Das Direktoriuum der Rettungs-Anstalt zu Schreibhau,

Bekanntmachung.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

In Gemäßheit des §. 18 des Allerhöchst bestätigten Gesellschafts-Statuts ist die zweite Einzahlung auf die gezeichneten Actien mit zehn Prozent des ganzen Actien-Betrages in den Tagen vom

15ten bis zum 20ten Februar d. J. incl.

von uns festgesetzt und werden die Actionnaire unserer Gesellschaft, unter Hinweisung auf §§. 19 und 20 des Statuts wegen Verhaftung der ursprünglichen Zeichner und wegen der Folgen der Nichteingehaltung des jetzt festgesetzten zweiten Einkusses, hiermit aufgefordert, diese Einzahlung in den erwähnten Tagen, und zwar in den Vormittagsstunden von 9 bis 1 Uhr an die Haupt-Casse unserer Gesellschaft, Leipzigerstraße No. 61, zu leisten.

Die bei der ersten Einzahlung ausgegebenen Zuficherungsscheine sollen mit dem nach §. 17 des Statuts auszugebenden Quittungsbogen verbunden werden, und sind zu diesem Zweck bei der jetzt zu leistenden zweiten Einzahlung nebst einem, nach der Nummerfolge der Actien geordneten und unterschriebenen Verzeichnisse derselben in **duplo** einzureichen. Ein Exemplar dieses Verzeichnisses bleibt bei unserer Kasse, das zweite wird als Interims-Quittung, vollzogen durch einen der unterzeichneten Directoren, den Rendanten **Riese** und **Controleur Schmidt**, und mit dem Directions-Siegel abgestempelt, dem Einzahlenden zurückgegeben und ist später, gegen Ertradition der mit dem Zuficherungsschein verbundenen Quittungsbogen, vier Tage nach Empfang der Interims-Quittung in den Nachmittagsstunden von 4–6 Uhr zurückzureichen.

Die Berichtigung der Zinsen von den bereits eingezahlten 10 Prozent der Actien-Ziehnungen für den Zeitraum vom 15. Juni v. J. bis ult. Februar d. J., also mit 2 Rthlr. 25 Sgr. auf jede Bezeichnung à 1000 Rthlr. und mit 8 Sgr. 6 Pf. auf jede Bezeichnung à 100 Rthlr. erfolgt nach §. 23 des Statuts durch Abrechnung auf die jetzt zu leistende zweite Einzahlung, so daß auf jeden Zuficherungsschein à 1000 Rthlr. der Betrag von 97 Rthlr. 5 Sgr. und auf jeden Zuficherungsschein à 100 Rthlr. der Betrag von 9 Rthlr. 21 Sgr. 6 Pf. baar einzuzahlen ist. Berlin den 12. Januar 1844.

Die Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft.
Raunyn. Mannkopff. Rubens. Schimmelfennig. Fournier.

Todes-Anzeige.

In der neunten Morgenstunde dieses Tages endete nach langen schweren Leiden an Lungenlähmung unsere liebe Schwester Flora ihr uns so theures Leben. Tief betrübt widmen wir diese Anzeige unsern entfernten Anverwandten und Freunden.

Jauer den 18. Januar 1844.

Henriette Hanke. Minna Ludewig.
Caroline Arndt.

Todes-Anzeige.

Heute Mittag 12 Uhr endete nach sehr kurzem Krankenlager unser innigst geliebter Gatte, Vater und Schwiegervater, der Rittergutsbesitzer **Schubert**, sein uns so theures Leben. Dies zeigen mit tiefgebeugtem Herzen, um stille Theilnahme bittend, ganz ergebenst an

Die tieftrauernden Hinterlassenen
Heinersdorf bei Parchwitz den 20sten Januar 1844.

Joseph Schneider, Coffetier.

Theater-Repertoire.

Dienstag den 23ten: „Die weiße Frau im Schlosse Avenel.“ Oper in 3 Akten Musik von Boyeldieu.

Mittwoch den 24ten: „Die Memoire des Satans.“ Lustspiel in 3 Akten.

Zur öffentlichen Kenntnissnahme!

Um verschiedenen Gerüchten über meine Anlegerheiten zu begegnen, zeige ich hiermit an, daß in Folge der Requisition auswärtiger und hierortiger Ansprüche ein Wohlbüchiges Stadtgericht meinen, vom Director v. Baerst zu beziehenden ganzen Gehalt mit Arrest seit Ende November v. J. belegt und mir jede Disposition darüber entzogen hat. Indem mir hierdurch alle Mittel zu fernerer Existenz geraubt sind, und ich dennoch ohngeachtet meiner Protestation gegen solche Maßregeln meiner Gage bis dato nicht theilstiftig geworden bin, so wurde ich gezwungen, meine Dienste der hiesigen Direction zu kündigen und meine Entlassung aus dem Grunde:

daß ich keine fernere Existenz befreiten könnte unter solchen Umständen, sofort zu verlangen. Meine Direction hat trotz meiner Ansprüche an dieselbe sofort meine Verhaftung ausgeführt, und ich bin gezwungen, diese Maßregel zu erden, werde fernerhin stets die Alternative stellen: Gehalt hinreichend, um existiren zu können, oder meinen Abschied, und will die fernerne Verhandlungen und Ergebnisse der öffentlichen Urtheilstimme übergehen.

Breslau (Schloß Canbra) den 21. Jan. 1844.

Carl Francke,

bisher erster Tenorist am Stadttheater.

Der Violoncellist, Herr **Giovanni di Dio**, der auch in seinem zweiten, am 18ten Januar stattgefundenen, Concert die zahlreich versammelten Zuhörer wahrhaft entzückte und seine Virtuosität aufs neue an den Tag legte, hat nunmehr unsere Stadt verlassen um eine Reise nach Neisse, Ratibor, Oppeln und Brieg zu unternehmen. Ob derselbe dort sich hören lassen wird, ist uns unbekannt; doch dürfte sein großes künstlerisches Talent wohl überall Anerkennung und freundliche Aufnahme finden.

Wir unsererseits können nicht umhin, dem, auch durch seine in unsern Tagen so seltene Bescheidenheit sich rühmlich auszeichnenden jungen Virtuosen, der seiner Heimatstadt Breslau in jeder Beziehung Ehre macht, für die uns durch ihn zu Theil ge-

öffentlicht, dasselbe binnen 8 Wochen präclusiver Frist bei unterzeichnetem Amte anzumelden, ansonst nach Ablauf derselben sie mit ihren Einsprüchen zurückgewiesen und die Concessions-Ertheilung für den Provocanten bei der competenten Behörde beantragt werden wird. Liegnitz den 13. December 1843.

Der Königliche Kreis-Landrat.
(L. S.) (gez.) v. Berger.

Mühlen-Anlage.

Der Karl Gottlieb Kochmehl zu Wersingawe beabsichtigt, seine im October v. J. bei dem Dorfe Wersingawe abgebrannte Bockwindmühle auf demselben Grundstücke, wo solche gestanden, jedoch 15 Ruten von der Straße entfernt, wieder zu erbauen. Dieses Vorhaben wird in Gemäßheit des §. 6 des Gesetzes vom 28. October 1810 hiermit unter dem Eröffnen zur Kenntniß des Publikums gebracht, daß alle diejenigen, welche dagegen einen Widerspruch recht auf 6206 Rthlr. abgeschätzte Erbschottigkeit auf welcher auch eine Brennerei gehört, soll auf Antrag des einen Mithabers, zum Zweck der Auseinandersetzung, im Wege der freiwilligen Substation auf

Hennersdorf, Kreis Reichenbach, den 18ten Januar 1844.

Der Königliche Kreis-Landrat.

gez. v. Prittwitz-Gaffron.

Freiwilliger Verkauf.

Die den Geschwistern Kluge gehörige, sub No. 1. zu Liebersdorf, Landshuter Kreises, gelegene, dem Ertragswerte nach, mit Ausschluß des Materialwertes der Gebäude, gerichtet auf 6206 Rthlr. abgeschätzte Erbschottigkeit, zu welcher auch eine Brennerei gehört, soll auf Antrag des einen Mithabers, zum Zweck der Auseinandersetzung, im Wege der freiwilligen Substation auf

den 16ten Februar 1844 Vormittags

10 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle zu Adelsbach verkauft werden.

Die Taxe und der neueste Hypothekenschein können zu jeder Zeit in unserer Registratur eingesehen werden.

Landshut den 23. December 1843.

Gräßl. v. Bistensches Gerichts-Amt der Herrschaft Adelsbach.

Holz-Verkauf.

Mittwoch den 31ten d. M. Vormittags 10 Uhr sollen im Gerichtsbezirk Regnitz a. d. O. 1) aus dem Forstschutzbezirk Regnitz a. d. O. eine Quantität Eichen Nutzholtz-Klöher, zu Eisenbahnschwellen sich eignend, und eine Quantität Eichen Scheit-Knüppelholz und Kraum-Reisig.

2) aus dem Forstschutzbezirk Leubus-Prakau eine Quantität Eichen Nutzholtz-Klöher zu Schiffsbauholz und Eisenbahnschwellen sich eignend; ferner eine Partie Kiefern Bauholz und eine Quantität Eichen Scheit-Rumpen-Knüppel-Stochholz und Kraum-Reisig; Aspen Scheit und Buchen re. gemischt Kraum-Reisig; und

Donnerstag den 1. Februar c. Vormittags 10 Uhr in der Brauerei zu Reichwald, aus dem Forstschutzbezirk Reich-Tannwald, eine Quantität trockenes Kiefern Scheitholz

meistbietend gegen gleich baare Bezahlung unter den im Termine noch näher bekannt zu machenden Bedingungen verkauft und wozu Kauflustige mit dem Bemerkung eingeladen werden, daß der Förster Profe zu Regnitz, der Hegemeister Sternsdorff zu Leubus und der Förster Gröschner zu Reichwald angewiesen sind, das Holz an Ort und Stelle vor dem Termine auf Verlangen vorzuzeigen.

Forkhaus Nimkau den 11. Januar 1844.

Königliche Forst-Verwaltung.

Bekanntmachung.

Da in dem am 11ten December 1843 abgehaltenen Termine, behufs Verkauf, des bisher auf monatliche Kündigung, am südlichen Ende des Dorfes Schalkowiz, Oppeln Kreises, vermieteten Förster-Etablissement, bestehend aus:

einem Wohngebäude, einem daran gebauten Schuppen, einem Schwarzwalstalle, einem alten Stallgebäude, einer Scheuer, einem Backhause einem Brunnen und einem Appartement,

nebst einem dazu gehörigen Morgen Gartenland und 70 Dr. Hofraum, zusammen im Larwerthe von 519 Rthlr. 19 Sgr. 4 Pf. kein annehmbares Gebot erfolgt ist, so steht zufolge Auftrages der Königl. Hochlöbl. Regierung zu Oppeln ein neuer Termin

auf den 12ten Februar 1844

von Morgens 10 Uhr bis Mittag 12 Uhr in dem zu verkaufenden Locale an, wozu Kauflustige mit dem Bemerkung eingeladen werden, daß die Bedingungen im Termin einzusehen sind. Stoberau den 8. Januar 1844.

Königliche Förster.

Liebenfänger.

Holz-Verkauf

gegen gleichbare Bezahlung, im Königlichen Forstschutzbezirk Mehltreuer bei Strehlen, zur Oberförster Zedlitz gehörig, Donnerstag den 1. Februar c. Vormittags 9 bis 12 Uhr c. 64 Stück kiefernes Bauholz von verschiedener Länge und Stärke. 15 Klaftern kiefern Scheitholz, 13 Schok dergleichen Kraumreisig, 96 Schok meliert Kraumreisig und 38 Schok dergleichen Kraumreisig.

Versammlungsort der Käufer in der Försterei Mehltreuer bei Strehlen.

Zedlitz den 19. Januar 1844.

Der Oberförster,

Baron v. Seidlich.

Vom Königl. Holzhofe zu Trebnitz wird nachstehendes Brennholz auf Verlangen franco Breslau geliefert:

Die Klafter Buchenholz 8 Rthlr. 6 Sgr.
Eichenholz 6 = 28 =
Kiefernholz 6 = 5 =

und werden Bestellungen angenommen beim

Mittel-Peterswalde hat hier angezeigt, bei

Deconom Heidenreich, Schmiedebrücke No. 16, 2 Stiegen hoch.

Spießgang-Anlage.

Der Müllermeister Wilhelm Fuhrig zu Mittel-Peterswalde beabsichtigt bei seiner aus 2 Mahlgängen bestehenden Wassermühle einen Spießgang zum Reinigen des Getreides zu erbauen und denselben vermittelst Anlage eines Niemens in Betrieb zu setzen.

Auf Grund der Gesetze bringe ich dieses Vorhaben hierdurch zur Kenntniß und fordere alle diejenigen, welche hiergegen ein ge- gründetes Widerspruchrecht zu haben vermeinen, ihre dies- fälligen Reklamationen innerhalb 8 Wochen präclusiver Frist, spätestens bis zum 20ten März d. J. bei mir anzumelden, widrigfalls auf später eingehende Protestationen keine Rücksicht genommen werden wird.

Leobschütz, den 15. Januar 1844.

Der Verweser des Königlichen

Landrats-Amtes

Graf Nayhauss.

Spießgang-Anlage.

Der Müllermeister Wilhelm Dämelt aus Mittel-Peterswalde hat hier angezeigt, bei seiner aus zwei Mahlgängen bestehenden

